

DIE

UMSTURZPARTEI

WIE DIE AFD UNSERE DEMOKRATIE GEFÄHRDET

**Diese vorliegende Broschüre wurde von Andrea Röpke und Andreas Speit
im Auftrag des American Jewish Committee Berlin Lawrence and
Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (AJC Berlin) verfasst.
Nicht alle in dieser Broschüre getroffenen Aussagen und Wertungen sind mit
denen des AJC Berlin identisch.**

2. Auflage

© 2024 AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations
Redaktionsschluss: Juli 2024

INHALT

Vorwort	4
Einleitung	6
— Machtergreifung im Herbst?	6
— Gefährliche Krisen- und Blockadegewinne	7
— Haftbefehle für politische Gegner*innen	8
— Nicht an Rechtsextremismus gewöhnen	9
— Mut und Konsequenzen	9
1. Kapitel: Symbol des Systems – Kampf um den Bundestag	10
— Vergiftete Worte	11
2. Kapitel: Verklärung statt Klartext – Fakes statt Fakten	14
— Moderne Technik – reaktionäre Ziele	16
— Digitale Kanäle werden zu Fake-Medien der Alternative	16
3. Kapitel: Autoritäre Sehnsüchte: Radikale Strategien für einen rechten Stimmungswechsel	19
— Normalisierung gefährlicher Sprache	21
4. Kapitel: Eine Partei voller „Ganoven“?	23
— Politik gegen Arme	24
— Spendensumpf, Milliardärsfreunde und Crash-Propheten	24
5. Kapitel: Kampf um die Kader – Völkische Thinktanks und die AfD	26
— Der Wahn des Völkischen	27
— Der völkische „Remigrations“-Netzwerker	27
6. Kapitel: Chemnitz und die Gewalt der Straße	29
— AfD und Freie Sachsen	29
— Auf den Gräbern tanzen	30
7. Kapitel: Die AfD, Dienerin ausländischer Herren?	32
— Russische Großmachtfantasien	32
— AfD und Rüstungslobby	34
— Völkische Motivation	34
— Russlanddeutsche für Putin und AfD	35
8. Kapitel: Was wäre, wenn? – Die AfD wird die Demokratie mit demokratischen Mitteln demontieren	36
— Das Thüringen-Projekt	37
Epilog	40
Quellenangaben	44

VORWORT

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die Alternative für Deutschland (*AfD*) stetig radikalisiert. Was als Partei begann, die sich vor allem gegen die Austeritätspolitik in der damaligen Euro-Krise richtete, ist elf Jahre später zu einer völkisch-rechtsextremen Partei geworden. Während das Personal der Partei in den ersten Jahren in der Tat weitgehend bürgerlich-konservativ war, kann heute davon keine Rede mehr sein. Programmatisch tonangebend sind inzwischen völkische Ideologinnen und Ideologen, vor allem aus den Landesverbänden in Ostdeutschland.

Diese Entwicklung und die anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, bei denen Umfragen die *AfD* seit geraumer Zeit als stärkste Kraft sehen, sind Anlass für die vorliegende Broschüre. Trotz der beschriebenen Entwicklung und der Tatsache, dass die Partei insgesamt eine völkische Ausrichtung aufweist, wird dies in der öffentlichen Debatte immer noch nicht ausreichend berücksichtigt. Nach wie vor wird die Partei oftmals als rechtspopulistisch oder nur als in Teilen rechtsextrem beschrieben. Dadurch entsteht der Eindruck, es gebe noch wesentliche programmatische Debatten oder verschiedene Lager innerhalb der *AfD*.

Dagegen möchten wir, auch mit Blick auf die Ergebnisse dieser Broschüre, klarstellen, dass dem nicht so ist und jene, die ihr Kreuz bei der *AfD* setzen, sich darüber im Klaren sind oder sein sollten, für was für eine Programmatik sie sich entscheiden. Bis heute wird insbesondere über diesen Aspekt keine ehrliche Debatte geführt und den Menschen, die für die *AfD* stimmen, in einem befremdlichen Paternalismus abgesprochen, zu wissen, was für eine Partei und welche Inhalte sie wählen. Gerade in den Bundesländern, in denen in diesem Jahr Wahlen anstehen, kann schließlich niemand ernsthaft behaupten, dass die Ausrichtung der Partei nicht klar ersichtlich ist. Es gilt dagegen festzuhalten, dass diejenigen, die die *AfD* wählen, ihre rechtsextremistische und völkische Ideologie partiell oder vollständig teilen. Ohne die Anerkennung dieser Tatsache wird die Bekämpfung der Partei und ihrer Ideologie kaum erfolgreich sein.

Dies ist umso dringender, da es der *AfD* gelungen ist, eine bisherige Regel in der Geschichte der Bundesrepublik zu brechen: Je offener rechtsextremistisch eine Partei wurde, desto weniger Menschen haben für sie gestimmt. Hinsichtlich der *AfD* ist das Gegenteil der Fall. Eine Entwicklung, die sich in anderen europäischen Ländern schon seit Jahren beobachten lässt, deren Umstände sich im Rahmen dieser Broschüre jedoch nicht darstellen und diskutieren lassen. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied zu vergleichbaren Parteien in der *EU*: Die *AfD* hat lange versucht, ihre Ideologie vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte durch die Inszenierung als einzig wahre Beschützerin der jüdischen Community und verlässliche Freundin Israels zu verschleiern.¹ Doch im Zuge der beschriebenen Radikalisierung und damit im Gegensatz zu ähnlichen Parteien in Europa verzichtet die *AfD* mittlerweile selbst darauf. Auch dieser Aspekt findet bisher nur wenig Aufmerksamkeit. Ebenso wie die Tatsache, dass die Sicherheit für Jüdinnen und Juden durch die *AfD* hierzulande weiter erodiert. Das ist nicht nur Folge der ganz offensichtlichen antisemitischen Ideologie der Partei, sondern ebenso der Tatsache geschuldet, dass die *AfD* eine im Grundsatz antiwestliche Partei ist und sich ganz maßgeblich auf völkische Ideologien beruft.

Die Gefahr, die davon ausgeht, ist indes keine theoretische, sondern hat reale Konsequenzen, da die *AfD* aus ihrer Nähe zu diktatorischen und totalitären Regimen wie etwa Russland und China kein Geheimnis macht. Damit leistet sie Staaten Schützenhilfe, die erhebliche Ressourcen dafür aufwenden, die liberalen Demokratien des Westens zu schwächen und letztlich zu zerstören.

Natürlich können in dieser Broschüre nicht alle angesprochenen Aspekte erschöpfend dargestellt und diskutiert werden. Vielmehr hoffen wir darauf, dass die vorliegende Publikation einen Beitrag dazu leistet, die erwähnten inhaltlichen und personellen Entwicklungen mit mehr Realitätssinn zu diskutieren und daraus endlich wirksame Maßnahmen gegen den Erfolg der Partei zu entwickeln.

Dr. Remko Leemhuis,

Direktor AJC Berlin Lawrence and
Lee Ramer Institute for German-Jewish-Relations

— Machtergreifung im Herbst?

Im Herbst soll „die Sonne der Regierungsbeteiligung“ für die *Alternative für Deutschland (AfD)* aufgehen. Auf dem Bundesparteitag der *AfD* in Essen nannte der Co-Bundesvorsitzender der Partei, Tino Chrupalla, dieses Ziel. Im Saal der Grugahalle signalisierte die Bundesspitze vom 29. bis 30. Juni 2024 vor allem Geschlossenheit. Die Wahlchancen vor Augen schauten sie nach vorne auf die parlamentarischen Mandate und Machtoptionen und nicht zurück auf die vergangenen Skandale und Streitereien. Am Ende des Parteitags stand fest: Tino Chrupalla und Alice Weidel führen die Partei mit fast 50.000 Mitgliedern weiter.² „Wir wollen regieren – erst im Osten, dann im Westen, dann im Bund“, versicherte Chrupalla in der nordrhein-westfälischen Metropole.³ Mögliche Wahlerfolge der *AfD* bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst können gravierende Folgen für Frieden und Zusammenhalt in Europa und die Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik nach sich ziehen. Die Klima- und Asylpolitik dürfte nicht weniger betroffen sein. Die plurale Zivilgesellschaft mit einer diversen Vereins-, Kultur- und Theaterlandschaft wird gefährdet sein. Demokratische Alltagskultur und die Vielfalt von Lebensentwürfen schwinden. Stattdessen wird die Förderung für extrem rechte Jugendprojekte zunehmen. Entsprechende Vereine existieren bereits im Umfeld von einschlägigen Studentenverbindungen oder der rassistischen *Identitären Bewegung*.

Die *AfD* will die autoritäre Wiederherstellung von Kontrolle, warnt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer. Der „autoritäre Nationalradikalismus“ der Partei schließt, laut Heitmeyer, die Kontrolle über die geographischen Landesgrenzen ebenso ein wie über die sozialen Verhältnisse und privaten Beziehungen.⁴ Dieser Wandel wird ebenso im Westen nachwirken. Tatsächlich scheint die Hoffnung der *AfD* nach den Wahlen in den drei östlichen Bundesländern in irgendeiner Variante an der Regierung beteiligt zu sein, nicht unbegründet. In Thüringen erzielte sie bei den Europawahlen rund 30 Prozent, in Sachsen über 31 Prozent und in Brandenburg knapp 26 Prozent, die Ergebnisse der Kommunalwahlen vermittelten ein ähnliches Bild. „Wir sind im Osten bei dieser Wahl jetzt stärkste Kraft, mehr Rückenwind gibt's ja nicht“⁵, frohlockt Chrupalla. Auf kommunaler Ebene spiegelt sich dieser Rechtsruck bereits wider. In Brandenburg liegt die *AfD* nach der Kommunalwahl an erster Stelle vor der *CDU*, in Sachsen hat die Partei die meisten Stimmen bei den Landkreiswahlen erreicht und dabei teilweise Ergebnisse mit über 40 Prozent der Stimmen erzielt. Der rasche Aufstieg der neonazistischen Kleinstpartei *Freie Sachsen* von Martin Kohlmann bereitet zusätzlich Sorge. Diese regionale Protestbewegungspartei mit offen gewaltbereitem Personal zog im Juni – neben der *AfD* – in alle Kommunalparlamente ein und tritt in Sachsen auch zu den Landtagswahlen an. Sie bieten sich als Koalitionspartner für die sächsische *AfD* an, warnte Rechtsextremismus-Experte Michael Nattke, Geschäftsführer des *Kulturbüro Sachsen* am 27. Juni 2024 beim Messengerdienst X.

In Thüringen hat sich die selbsternannte Alternative unter der Führung Björn Höckes im Vergleich zur vorherigen, bereits sehr erfolgreichen Wahl sogar um 8,6 Prozent steigern können. Auch wenn sie alle Stichwahlen bei den Landratswahlen gegen starke Kandidat*innen anderer Parteien verloren hat, darf das nicht über die Machtzunahme

hinwegtäuschen. „Sie wird auf der Graswurzelebene der Politik deutlich präsenter sein und könnte sich in der Sacharbeit der Kommunalparlamente wahlweise noch weiter normalisieren und entdämonisieren oder blockieren“⁶, fasst Gareth Joswig in der *taz (die tageszeitung)* das Ergebnis zusammen und mahnt die negativen Auswirkungen vor allem für jene an, die nicht in deren Weltbild passen. Insbesondere in ländlichen Regionen fand die *AfD* starken Zuspruch, aber auch in von Industriearbeitsplätzen geprägten Regionen sowie im Mittelstand. Mit den Stimmen der unter 24-Jährigen von 16 Prozent erschloss sich die Partei eine weitere neue Wähler*innengruppe. „Jüngere wählen sehr viel stärker situativ“, erklärt Ursula Birsl, Demokratieforscherin an der Philipps-Universität Marburg. Sie seien jedoch nicht so an eine Partei gebunden, sie könnten wieder erreicht werden, so Birsl.⁷

Die *AfD* verfügt aktuell über mindestens 8.501 Sitze in Kommunalparlamenten. Im Verbund mit anderen Rechtsaußenparteien und Wählergemeinschaften existieren in ostdeutschen Bundesländern oft sogar klare rechte Mehrheiten. Nur ganz wenige Städte wie Potsdam oder Jena konnten sich eine potenziell progressive Mehrheit erhalten. Nur 17,8 Prozent der neuen Mandate bei den Kommunalwahlen gingen an Frauen.⁸ Im mecklenburg-vorpommerschen Teterow wurde Christian Wolter (*AfD*) zum neuen Vorsitzenden eines Stadtparlaments gewählt. Eine Brandmauer besteht dort – anders als im Landtag – nicht mehr.⁹ Die *AfD* setzte mit Unterstützung von *CDU* und *SPD* bereits Anträge durch. Auch in der Hansestadt Greifswald soll mit der *AfD* paktiert werden.¹⁰

— Gefährliche Krisen- und Blockadegewinne

Das Image der *AfD* droht sich weiter zu verändern. Politische Skandale schrecken weniger ab – egal, ob heftige Korruptionsvorwürfe, die Einflussnahme Russlands oder Spionagevorwürfe zugunsten Chinas. Die Beliebtheit der Partei steigt vor allem bei Männern. Der Abstand zwischen den Geschlechtern wurde bei der Europawahl sehr deutlich, so wählten im Bundesdurchschnitt 19 Prozent Männer und nur zwölf Prozent Frauen die *AfD*. In ihrem Parteiprogramm fordert sie die „traditionelle Familie“, die für sie „Mutter, Vater, Kind“ bedeutet.¹¹ Im Bundestag verzeichnet die *AfD*-Fraktion den geringsten Frauenanteil mit rund 11,7 Prozent, gefolgt von der *CDU* mit 25,4 Prozent.¹² Die Verluste der Regierungsparteien *SPD*, *Die Grünen* und *FDP* bei den Juni-Wahlen sind so groß, dass sie – ebenso wie *Die Linke* – in den neuen Bundesländern um den Verbleib in den Parlamenten bangen müssen. Selbst jene Kommentator*innen und Parteianalyst*innen, die erwarteten, dass das *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)* der *AfD* schaden könne, mussten einräumen, sich geirrt zu haben.

Europa- als auch Kommunalwahlen verdeutlichen eine Tendenz: Gerade jene Parteien erzielten Gewinne, die nicht für ökologische oder soziale Transformationen eintreten, sondern ein reaktionäres „Zurück zu alter Stärke“ propagieren. Expert*innen erkennen darin eine starke Veränderungsabwehr und -müdigkeit. Umfragen nach den Wahlen im Juni belegen: Protest ist nicht das zentrale Motiv. Bei einer Erhebung für das *ZDF* sagten 70 Prozent der Anhänger*innen der *AfD*, sie würden die Partei wegen ihrer „politischen Forderungen“ unterstützen, nur 28 Prozent meinten, den „anderen Parteien“ einen „Denkzettel“ verpassen zu wollen.¹³ Die *AfD* wird gerade wegen ihrer und nicht trotz ihrer Positionen gewählt. Im März 2024 ergab eine Datenanalyse von *Zeit-Online*, dass 48 Prozent der *AfD*-Sympathisant*innen mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, „sehr unzufrieden sind“. Der Hauptteil

der *AfD*-Wählerschaft ist nicht für eine Diktatur als „bessere Staatsform“, aber 18 Prozent stimmen der Einschätzung zu: „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform“. Viele *AfD*-Anhänger*innen wollen, dass weniger Steuern gezahlt werden, auch wenn dafür der Sozialstaat schrumpft (29 Prozent), damit wählen sie teilweise gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen. Die „falschen Propheten“ aus der *AfD* lösen keine gesellschaftlichen Probleme, sie befeuern laufende Konflikte. Sie nutzen die Kontingenz der Krisen in den vergangenen 15 Jahren zu nachhaltigen Verunsicherungen.

Haftbefehle für politische Gegner*innen

Die Europa- und Kommunalwahlen offenbaren erneut, bei Kritik von „Altparteien“ und „Systempresse“ rücken *AfD* und loyale Wählerschaft noch fester zusammen, geben sich gemeinsam als von außen bedroht. Der Bundesparteitag in Essen bestätigte diesen strammen Trend, der Wahrheit ausblendet. „Bei uns gibt es keinen einzigen Nazi“, donnerte der Thüringer Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner den überwiegend männlichen Teilnehmenden in der Grugahalle entgegen und wurde mit 90 Prozent der Stimmen zur Wahl in den Bundesvorstand belohnt. Er habe schon 2017 gesagt, so Brandner: „Macht den Stimmzettel zum Haftbefehl für Angela Merkel!“ Inzwischen solle der Stimmzettel zu „Haftbefehlen für diejenigen, die verantwortlich sind für diesen unterirdischen Zustand unseres Landes“ werden. Die Politiker*innen, die der Jurist anfeindete, sollten „angeklagt werden“.¹⁴ Den Parteitag begleiteten mehrere zehntausende Protestierende. Auf dem Weg zur Grugahalle griff der *AfD*-Delegierte Stefan Hrdy offenbar zweimal Demonstrierende tätlich an. Hrdy, ehemaliger Elitepolizist der Spezialeinheit GSG9, inszenierte sich nach außen als Opfer, sprach von „Notwehr“. Im internen Gespräch mit rechten Aktivisten soll er gut gelaunt über die Bissattacke gewitzelt haben.¹⁵

Lug und Trug sind der *AfD* nahe. Dennoch wird der Partei nach wie vor geglaubt, z.B. wenn sie den skandalumwitterten Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah und dessen Vize Petr Bystron aufgrund von staatsanwaltlichen Ermittlungen ein Auftrittsverbot im Wahlkampf erteilt, aber gar nicht beabsichtigt, dieses durchzusetzen. Die positive Botschaft nach außen lautet: Weidel und Chrupalla hätten erzieherische Grenzen gezogen. Das ist es, was hängen bleiben soll. Solche Maßnahmen entpuppen sich immer wieder als Farce, da niemand sich daran hält. Im sächsischen Landtagswahlkampf im Herbst 2024 setzt die *AfD* schon wieder auf den Hardliner als Aushängeschild.¹⁶ Offiziell schloss die *AfD* den damaligen Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz 2020 wegen seiner Mitgliedschaft in der nationalsozialistischen Jugendorganisation *Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ)* aus und dennoch wirkte er weiter im Kommunalwahlkampf in Brandenburg 2024 mit, wie Fotos belegen. Im Sommer 2024 beweisen Recherchen, dass der erste *AfD*-Landrat, Robert Sesselmann, aus dem thüringischen Sonneberg mit der nationalsozialistischen Aktivistin Angela Schaller liiert ist. Von Schaller gibt es Fotos, auf denen sie vor einer Hakenkreuzflagge und einem Bild von Adolf Hitler posiert, das Hakenkreuz trägt sie auch als Tattoo. Schaller war Rednerin bei Parteiveranstaltungen von *Die Rechte* oder startete Solidaritätsaktionen für Antisemit*innen.¹⁷ Ihr Partner, Landrat Sesselmann, trat nicht zurück. Begründung: Sie sei 2019 ausgestiegen. Fakten beweisen das Gegenteil. So zum Beispiel stellte Schaller 2020 in dem Neonazi-Magazin *N.S. Heute* den *Nationalen Frauenwanderbund* in Thüringen vor und warb um neue Mitglieder. Sie selbst bezeichnete sie als „NPD-Mitglied“.¹⁸

— Nicht an Rechtsextremismus gewöhnen

„Im Wirkungsbündnis mit Desinformationskampagnen mit teils ausländischen Hintergrund zersetzt die extreme Rechte das Vertrauen in die Demokratie“¹⁹, erklären die Hochschulprofessoren Matthias Quent und Fabian Virchow in ihrem Sammelband „Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme“. Eine „signifikante Gefahr“ für einen demokratischen Rechtsstaat stellt die Tatsache dar, dass zahlenmäßig relevante Teile aus Polizei, Bundeswehr und Justiz mit verfassungswidrigen Teilen der *AfD* sympathisieren, so Fabian Virchow, „die AfD ist bereits jetzt eine Gefahr für eine demokratische Gesellschaft“.²⁰

Dementsprechend hoffte der brandenburgische *AfD*-Landtagsabgeordnete Daniel Freiherr von Lützwitz in einem Chat namens *Veteranen Pool* auf „Kesselschlachten in Berlin“.²¹ In diesem Chat vernetzten sich laut Innenministerium seit Ende April 2021 sogenannte Querdenker*innen sowie Teilnehmende aus der Reichsbürger-Szene. Diese Telegrammgruppe schaffte es in kürzester Zeit auf über 12.000 Mitglieder – darunter viele Soldat*innen außer Dienst. Über genau diesen Chat vernetzten sich auch spätere mutmaßliche Rechtsterrorist*innen der Verschwörergruppen *Vereinte Patrioten*²² und *Gruppe Reuß*.²³ Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellte 364 mutmaßliche Rechtsextremist*innen in den Sicherheitsbehörden fest – und das ist nur das Hellfeld.²⁴

— Mut und Konsequenzen

Im Nachgang der Europawahlen wurde Lars Klingbeil in der sogenannten „Elefantenrunde“ des Sender *ntv* sehr deutlich. Der *SPD*-Parteichef sagte am 9. Juni 2024 zu den Wahlergebnissen: Die „Nazis“ seien stärker geworden. „Sie haben mich und die Partei gerade als Nazis bezeichnet?“ fragte Alice Weidel scharf nach. Klingbeil entgegnete: „Ja. Das wissen Sie, dass ich die AfD und Sie meine.“ Diese Zuschreibung wurde in Politik und Medien allerdings nicht wohlwollend kolportiert. Nicht Weidel, sondern Klingbeil geriet in die Kritik. Soll 2024 nicht sein, was wirklich ist? Soll sich nicht realistischerweise eingestanden werden, dass erneut rassistisch motivierte Demokratiefeind*innen hohen Zuspruch erhalten, eben weil sie so sind? Es ist doch längst bestätigt, dass Alice Weidel keinesfalls zu den Moderaten in der Partei gehört. Im „Sommerinterview“ der *ARD* 2023 sagte sie auf die Frage nach dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten, dass sie diese „Niederlage des eigenen Landes“ nicht feiern würde.²⁵ Eine Aussage, die nichts mit Patriotismus zu tun hat, sondern die ganze Dimension ihrer Demokratiefeindlichkeit verdeutlicht. Die *AfD* selbst schafft klare Fakten, die sie als rassistisch, antisemitisch und völkisch ausmachen. Warum wird Weidel nicht ernstgenommen, gilt als gemäßigt im Vergleich zu Höcke? Wird mal wieder einer Frau ein politisches Bewusstsein und eine radikale Haltung abgesprochen – eben weil sie eine Frau ist? Eine Reaktion, die rechtsextremen Frauen seit jeher in die Hände spielt. Nicht minder die Annahme, Homosexualität würde eine eindeutige rechtsextreme Gesinnung unterminieren. Widerlegt wird diese Annahme von der Geschichte des Rechtsextremismus bis in die Gegenwart.

Die *AfD* agieren zu lassen, in dem Glauben, sie werde sich bei politischer Verantwortung schnell für die Wähler*innen „entzaubern“, ist brandgefährlich für die Demokratie. Der Staat ist gefordert, die offene Gesellschaft mit ihren demokratischen Werten zu schützen. Viele Menschen sind besorgt, engagieren sich, zeigen Zivilcourage. Sonntagsreden und ein „Nie wieder ist jetzt“ aus der Politik alleine genügen nicht. Politisch Verantwortliche selbst haben nicht minder stark Verantwortung zu übernehmen.

SYMBOL DES SYSTEMS –

KAMPF UM DEN BUNDESTAG

Wenn Alice Weidel an das Rednerpult im Bundestag geht, will sie nicht bloß für das Bundestagsauditorium sprechen. Ihren Hauptauftritt hat die *AfD*-Bundestagsfraktionsvorsitzende vor dem Publikum in den Sozialen Medien. Keine andere Partei hat so früh die Chancen von Facebook, X, Telegram oder TikTok erkannt und die Öffentlichkeitsarbeit über diese Medien so professionell aufgestellt. „Die AfD hat die effektivste Social-Media-Kommunikation unter den Parteien“, sagt Johannes Hillje, der 2014 als Wahlkampfmanager für die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* arbeitete und nun als freiberuflicher Politikberater für Kommunikation tätig ist. „Andere Parteien überlassen der *AfD* nicht nur einzelne Plattformen wie TikTok, sondern auch die politischen Emotionen im Land“, sagte Hillje *ZDF*-heute am 10. Februar 2024.²⁶ „Der Ausbau der Gegenöffentlichkeit ist ein entscheidendes strategisches Zwischenziel zum Sturz der herrschenden Ideologie“, schreibt der Posterboy der rechtsextremen „Identitären Bewegung“, Martin Sellner, in seinem Buch „Regime Change von rechts“. Sellner, der auf die *AfD* einwirkt, geht ins Detail: „Unter Gegenöffentlichkeit verstehen wir alle Medien, sozialen Plattformen, ‚Influencer‘ und sonstigen Meinungsmultiplikatoren, die sich dem gegnerischen Mainstream entgegenstellen.“ Letztlich geht es auch für die *AfD* um den „Infokrieg“, der dafür zu sorgen hat, dass ein antidemokratisches Stimmungsbild in der Bevölkerung erzeugt wird, bis der „Mainstream übertrumpft und ihm die Deutungshoheit“ abgerungen ist.²⁷

Ein professionelles Social-Media-Team begleitet Weidels Auftritte und bereitet sie für die jeweiligen Kanäle auf. Die Intention der digitalen Weiterverbreitung bedingt die Provokation. Ohne Pauschalisierungen und Diffamierungen werden keine Klickzahlen erhöht. Dieser Effekt radikalisiert die Inszenierungen auf Social Media. Vor allem jüngere Konsument*innen mit einem völlig neuen Medienkonsum erreicht die *AfD* dadurch. Die bedingungslose Loyalität der festen *AfD*-Sympathisant*innen bedingt, dass Skandale, die nicht *AfD*-Nahestehende erschrecken, kaum in die Anhänger*innenschaft vordringen. Die Auftritte, die Argumentationen müssen gar provozieren, um das eigene Milieu nicht zu enttäuschen. Der Habitus des ewigen Opfers von „Systemparteien“ und „Systempresse“, von „Political Correctness“ und „Wokeness“ ist ihre DNA. In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2024 am 31. Januar spitzte Weidel so auch bewusst zu. „Es brennt in Deutschland. Und diese Regierung aus überforderten Fehlbesetzungen und starrsinnigen Ideologen ist der Brandstifter“, sagte sie. Die Ampelregierung von *SPD*, *Grünen* und *FDP* markierte sie gleich zur Gefahr für Deutschland und stellte sie den „geschundenen Leistungsträger dieses Landes“ gegenüber. Jene „Bauern, Handwerker, Mittelständler, Gastwirte, Händler, Transportunternehmer“ die auf die Straße gingen, „weil sie nicht mehr können – verschwiegen von den Medien“. Das „Volk gegen die Eliten“ ist das Narrativ, mit dem sich die *AfD* als wahre „Volksvertretung“ gegen die ausgemachten „Volksverräter“ geriert. Dass „die Presse“ die Proteste aus der Landwirtschaft gar nicht, wie behauptet, verschwiegen hat, ist egal.²⁸

— Vergiftete Worte

Suggestionen greifen, auch wenn sie Fake News oder Fake-Studien sind. Mit der Sprache wird Wirklichkeit erschaffen – und sie kann tödlich wirken. In „LTI. Lingua Tertii Imperii, Sprache des ‚Dritten Reichs‘“ führte Victor Klemperer schon kurz nach dem Nationalsozialismus aus: „Worte können sein, wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“²⁹ Diese Dosen wirken längst, viele Debatten hat die *AfD* bereits vergiftet. Nicht nur die 78 Bundestagsabgeordneten der *AfD* forcieren Vergiftungen, die in Verhetzungen münden können. Weidel greift so auch das journalistische Portal *Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft* an, das am 10. Januar 2024 ein Treffen im *Landhaus Adlon* in Potsdam von *AfD*-Funktionsträger*innen, *CDU*-Mitgliedern und Unternehmern öffentlich machte, bei dem Sellner über „Remigration“ referierte.³⁰ Weidel verunglimpft *Correctiv* als „Hilfsstasi“. Eine im Vergleich implizierte Relativierung der Staatssicherheit der DDR und deren Opfern scheint nicht zu stören. Weidel selbst trennte sich dennoch von ihrem Referenten Roland Hartwig, nachdem seine Anwesenheit im Landhaus bekannt wurde.³¹ Ein Widerspruch, der sie in der Rede nicht bremste. Eine typische Methode der *AfD*, sich en gros nicht zu distanzieren, aber kleine Bauernopfer zu bringen.

Misstrauen in eine demokratisch gewählte Regierung zu säen, ist das Ziel. Ihre Rede beendete Weidel mit einer Zuspitzung gegen die Ampelregierung: „Sie lassen die Bürger im Stich“ und „diese Regierung hasst Deutschland“.³² Diese politische Delegitimierung kennzeichnet rechtsextreme Parlamentspolitik. Sie wollen in den demokratischen Strukturen nicht mitarbeiten, sondern alle demokratischen Optionen nutzen, um jegliche demokratische Strukturen zu zersetzen. Im Bundestag thematisiert die Fraktion getreu ihrer Programmatik immer wieder die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie beklagen in Anträgen, dass das „islamistische Bedrohungspotential“ nicht genügend beachtet und zu wenig dagegen getan werde.³³

In einer Studie der *Otto-Brenner-Stiftung* zur „Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ stellten Stephan Pührung, Karl M. Beyer und Dominik Kronberger eine „soziale Rhetorik“ fest, die jedoch eine „oberflächliche Fassade“ der Partei sei, „die in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen fest in neo- und ordoliberalen Denktraditionen eingebunden“ bliebe. Soziale Forderungen, wie die nach guter Arbeit und höheren Löhnen, werden durch nativistische und populistisch-rechtsradikale Gesellschaftsleistungsansprüche konterkariert. Vielmehr werden Eigenleistung und -verantwortung gefordert. Bei den im Untersuchungszeitraum vorgelegten Anträgen, die sich mit der grundlegenden Gestaltung des Sozialstaates beschäftigten, haben die *AfD*-Abgeordneten „fast immer gegen Anträge, die einen Erhalt oder Ausbau sozialstaatlicher Leistungen forderten und fast immer für solche, die sozialstaatliche Maßnahmen einschränken wollten, gestimmt“.³⁴ Die Erfolge bei den Wahlen gerade bei den Arbeitenden – trotz einer Positionierung gegen die Arbeitenden – ist nicht alleine der Rhetorik geschuldet. Klaus Dörre benennt als eines der Motive, dass die „Arbeiterschaft“ politisch marginalisiert werde. Statt eines solidarischen Miteinanders entstehe eine „ausgrenzende Solidarität“³⁵, so der Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie. Im Bundestag inszeniert sich die *AfD* auch nach 2021 stets als die „Partei der kleinen Leute“, der „arbeitenden Bevölkerung“ oder des „einfachen Volkes“.

Mit einem Antrag vom 12. März 2024 griff die Fraktion ein weiteres Thema auf, dass ihrer Programmatik folgt. Sie befürchtet eine „linksextreme Unterwanderung“ von Demokratie und Bildungsprojekten. Allein die starke Mobilisierung „gegen alles, was bürgerlich-konservativ oder liberal“ sei, würde die vermeintliche Gefahr zeigen. Die Fraktion fordert von der Bundesregierung: „die wahrheitswidrige Behauptung, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr sei, nicht weiter zu propagieren“³⁶. In verschiedenen Landesparlamenten gehen die **AfD**-Fraktionen mit parlamentarischen Mitteln gezielt gegen zivilgesellschaftliche Projekt für Demokratie oder Integration vor, sowie gegen Protest gegen Rechtsextremismus.³⁷ Die Parlamente sind dabei nicht nur Bühne, sondern auch Beschäftigungsoption für die Destabilisierung.

Offiziell gilt für die **AfD**: „Personen, die Mitglied in einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglieder der Partei sein.“ Dazu zählen **NPD**, **Identitäre Bewegung**, das verbotene Terrornetzwerk **Combat 18** oder **Thügida**. Rund 250 rechtsextreme Parteien, Vereine und Organisationen stehen auf der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der **AfD**. Der **Bayrische Rundfunk (BR)** recherchierte jedoch bis zum 13. März 2024 über 100 Mitarbeitende, die aus Strukturen kommen, die die Verfassungsschutzämter als rechtsextrem eingestuft haben.³⁸ Mehr als die Hälfte der **AfD**-Abgeordneten beschäftigen demokratiefeindliches Personal. Nach **BR**-Recherchen auch die Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla und Alice Weidel. Nur drei Beispiele: John Hoewer, Mitarbeiter des rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier, ist eng mit dem rechtsextremen Verein **Ein Prozent** verwoben. Fotos und Videos, die dem **BR** vorliegen, zeigen den Burschenschaftler 2021 zudem in Berlin beim Kampfsport-Training im Umfeld der Partei **Die Heimat** (ehemals **NPD**) sowie bei handgreiflichen Auseinandersetzungen 2017 in einem Hörsaal der Universität Magdeburg.³⁹ Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Bernd Baumann aus Hamburg ist Marie-Thérèse Kaiser tätig. Die umtriebige Influencerin aus Niedersachsen moderiert ein Videoformat, das **Ein Prozent** mitträgt. An der Gründung von **Ein Prozent** war auch **Compact**-Chefredakteur Jürgen Elsässer beteiligt. Das Amtsgericht Rotenburg verurteilte Kaiser, die für die **AfD** im Kreistag Rotenburg (Wümme) sitzt, 2023 zu einer Geldstrafe. In einem Online-Posting hatte sie Afghanen pauschal als Gruppenvergewaltiger bezeichnet. Vor dem Landgericht Verden scheiterte 2024 die **AfD**-Politikerin mit ihrer Berufung.⁴⁰ Einer der bekanntesten Fälle ist Mario Müller. Müller war führender deutscher Kader der **Identitären Bewegung** und Autor bei **Compact**. Sein Geld verdient er beim sachsen-anhaltinischen **AfD**-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt. Vor Jahren beteiligte er sich an Gewaltaktionen der **Autonomen Nationalisten**. Müller scheut den Kontakt zu alten Kamerad*innen nicht. 2023 ging der wegen gefährlicher Körperverletzung mehrfach Verurteilte zusammen mit rechtsextremen Aktivist*innen von **Die Heimat**, der Kleinstpartei der **III. Weg** und der verbotenen Jugendorganisation **Heimattreue Deutsche Jugend** in der Nähe von Bremen wandern.⁴¹ Auch beim Potsdam-Treffen störte sich niemand an Müllers radikalem Hintergrund, vielmehr wurde er als Hardliner hofiert.⁴²

Rechtsextreme bei der **AfD**-Bundestagsfraktion sind kein neues Phänomen. Schon während der 19. Legislaturperiode, der ersten **AfD**-Fraktion im Bundestag, deckte die **taz** 128 Personen aus solchen Strukturen auf.⁴³ Personalien wie die von Müller deuten auf Sicherheitsrisiken durch dieses Personal hin. Als Parlamentsmitarbeiter*innen haben sie nicht nur Zugang zu Räumen, sondern auch zu sensiblen Daten. Dass der Bundestag kein geschützter Raum ist, machte die **AfD** 2020 deutlich. Bei der Debatte zum Infektionsschutzgesetz konnten dank der Partei einige Pandemie-Leugner*innen in den Bundestag gelangen. Sie bedrängten anwesende Minister*innen

und Abgeordnete.⁴⁴ Die ehemalige *AfD*-Bundestagsabgeordnete und Richterin Birgit Malsack-Winkemann führte als Mitglied des mutmaßlichen Untergrund-Netzwerkes um Prinz Reuß im August 2021 Mitverschwörer*innen durch das Parlament, die dort Flure und Räumlichkeiten fotografierten. In drei Großprozessen in Stuttgart, Frankfurt am Main und München müssen sich insgesamt 26 Angeklagte wegen des Vorwurfs verantworten, einen gewaltsamen Umsturz geplant zu haben. Sie sollen in Kauf genommen haben, dass Menschen sterben könnten. Die *AfD* hielt sich mit Distanzierungsbemühungen bisher zurück. Mit den gewährten Instrumenten der Demokratie forciert sie stetig die Delegitimierung des Verfassungsstaates.

VERKLÄRUNG STATT KLARTEXT –

FAKES STATT FAKTEN

Das Cover ist ein Eyecatcher. Die Titelseite der *Compact* zierte eine Montage mit Alice Weidel im Bikini-Oberteil und mit hippen Cocktail im Ananas-Becher. Keine böswillige Fotomontage, der Text zur Montage verrät journalistisches Wohlwollen: „Der AfD Sommer – Auf der blauen Welle ins Kanzleramt“. Sprich: Sommer, Sonne, Alice, *AfD*. Die führende Frau der selbsternannten Alternative stellt im Interview mit *Compact* gleich fest: „Die *CDU* ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems“. Dieses *CDU*-Problem sah Weidel schon personifiziert in Angela Merkel. Für sie sei die ehemalige Bundeskanzlerin eine „grüne Kanzlerin“ gewesen. Unter „ihrer Herrschaft“ wäre die *CDU* immer mehr nach „links und grün“ gerückt. Ganz im üblichen Duktus der „Eliten“-Verächtlichmachung betonte sie: „Schauen sie sich diese ganze Regierungriege mal an: nichts gelernt, nichts gearbeitet. Die haben ihre Ministerien mit Lobbyisten durchsetzt, die einfach nur Lobbyarbeit auf Kosten der Bevölkerung machen.“ Dabei könnte sie wohl an eine Verschwörung denken: „Ich glaube mittlerweile auch, dass das volle Absicht ist: Die Leute so dermaßen über den Tisch zu ziehen, damit sie eigentlich mit nichts anderem beschäftigt sind, als sich um ihre Existenz zu ängstigen und bloß keinen unabhängigen Gedanken mehr fassen können.“⁴⁵ Unterstellungen und Verunglimpfungen politischer Gegner*innen, die so zu politischen Feind*innen gemacht werden. Fakes statt Fakten. *AfD* ganz normal. Verdrehungen und Verkürzungen gehören zur Rhetorik und Argumentation der Partei. Auch am 7. Oktober 2023.

Die *AfD*-Bundestagsfraktion reagierte am Tag des Terrorangriffs durch die islamistische Hamas auf Israel sehr schnell. Sie stellte den Antrag „Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen“⁴⁶. Die etwa 1.200 Menschen, welche die Hamas bei dem äußerst brutalen Überfall in Israel ermordete, die tausenden Verletzten und die etwa 240 entführten Geiseln missbraucht die Partei, um sich anti-antisemitisch zu inszenieren. Wenn die *AfD* in ihrem Antrag alleine den „importierten Antisemitismus“ als „erstzunehmende wachsende Bedrohung für unser gesamtes westliches Wertesystem“ ausmacht, dann suggeriert sie, dass die „Massenmigration“ die alleinige Ursache dafür sei.⁴⁷ Bewusst werden die antisemitischen Ressentiments in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgeblendet, die in einer langen Tradition bis nach Auschwitz führten. Dieses taktische Verhältnis zum Antisemitismus offenbart Marc Jongen. Am 30. Juni 2016 diskutierte der *AfD*-Bundestagsabgeordnete mit dem Mitgründer des *Instituts für Staatspolitik (IfS)*⁴⁸, Götz Kubitschek, über den Holocaust.⁴⁹ Auf der Homepage *sezession.net* ist die Diskussion mit Jongen zu finden. Der neu gewählte *AfD*-Europaabgeordnete sagte damals: „Ich möchte weiterhin die heuchlerischen politischen Instrumentalisierungen des Holocaust kritisieren können, ich möchte nicht schweigen müssen, wenn unsere Bundeskanzlerin die Torheit begeht, die Verteidigung des Staates Israel zur Staatsraison Deutschlands zu erklären.“ Klare Ansagen des völkischen Vordenkers Jongen.⁵⁰ Solche Debatten legen nahe, „wie tief verwurzelt antisemitisches Denken in der *AfD* ist“, erklärt Samuel Salzborn. Der Sozialwissenschaftler und Antisemitismusbeauftragte des Landes Berlin schrieb 2017, dass die *AfD* zwar „programmatisch betrachtet bisher keine explizite antisemitische Partei“ sei, sie wäre jedoch „fraglos eine Partei für Antisemit(inn)en“.⁵¹

Diese Ambivalenz spiegeln der Bundestagsantrag der *AfD* sowie Jongens Aussage im Gespräch mit Kubitschek deutlich wider. Jongen gilt innerhalb der Partei als Intellektueller, der wegen seiner Assistenzstätigkeit beim Philosophen Peter Sloterdijk auch als „Parteiphilosoph“ wahrgenommen wird. Jongen sagt, dass ihn auf der einen Seite zwar „offenkundig judenfeindlichen Implikationen“ stören, was ihn auf der anderen Seite aber nicht davon abhält, die Erinnerungspolitik als „Holocaustindustrie“ zu bezeichnen und die Vergangenheit zu verzerren.⁵² Durch die Verwendung des diffamierenden Begriffs „Holocaustindustrie“ wird suggeriert, es gäbe nach 1945 eine Art Geschäft mit der Aufarbeitung und dem Gedenken an die massenhafte Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus. Den „Schuldskult“ will die *AfD* brechen, eine ihrer zentralen Bestrebungen. 2018 beim Bundeskongress der *Jungen Alternative* in Seebach sagte der Ehrenvorsitzende der Bundespartei und Bundestagsfraktion Alexander Gauland: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“⁵³ Gaulands Subbotschaft: Von dieser Erinnerungsfixierung müsse sich gelöst werden. Der Strafgesetzbuch-Paragraph 130, der Holocaust-Leugnung seit dem alliierten Sieg über den Nationalsozialismus unter Strafe stellt, stört viele in der *AfD*. Björn Höckes Aussagen haben die Intention mehr als deutlich gemacht, als er von der „dämlichen Bewältigungspolitik“ sprach und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Denn es gäbe „keine moralische Pflicht zur Selbstaflösung“⁵⁴, so Höcke. Dieses Vorgehen ist typisch für die *AfD*. Sie schult ihre Mitglieder entsprechend. Schon 2020 entwickelte die *AfD* Niedersachsen zwei Handlungsleitfäden für den internen Gebrauch. Die Intention: das Radikale moderat sagen. Die Verfasser des Leitfadens rieten deshalb, dass Aussagen wie etwa, dass das Demokratieprinzip in Deutschland abgeschafft werden soll, nicht fallen dürfen. Ebenso rieten sie „Pauschalverurteilungen von Flüchtlingen als ‚Asylbetrüger‘“ zu unterlassen – daran wird sich weniger gehalten. Zwei andere Strategie-Tipps empfehlen politische Gespräche „allenfalls mit engen Vertrauten“ zu führen. Im Falle, dass verfassungsfeindliche Äußerungen bekannt werden, solle man wie folgt vorgehen: Einfach widersprechen, sich distanzieren und dokumentieren.⁵⁵

Über die sozialen Medien führt *AfD*-Spitzenpolitikerin Beatrix von Storch auch ihren Kampf gegen Abtreibung. In diesen Kreisen heißt diese Einschränkung der Selbstbestimmung der Frau „Lebensschutz“. Via Kurznachrichtendienst X verbreitete sie, dass „[die] Abschaffung des Lebensschutzes“ voranschreiten würde. Diese Abschaffung wäre am 10. April dieses Jahres durch „das Gesetz zur Kriminalisierung von Menschen, die vor Abtreibungsberatungsstelle beten“ erneut befördert worden, schrieb die stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende auf dem Messengerdienst, wo zudem ihre Rede als Video gepostet ist.⁵⁶ In ihrer Logik hat die *CDU* das C – für christlich – längst gestrichen, da die Partei die „Ehe für Alle“ akzeptiert als auch beim „Lebensschutz“ versagt hätte. Bereits 2015 erklärte sie bei einer Veranstaltung der *Jungen Alternative* in Hamburg, dass sie für die *Demo für alle* mitverantwortlich sei. Dieser Aufzug richtet sich gegen Bildungspläne, die die Diversität von Sexualität aufgreifen möchten.⁵⁷ Von Storch diffamierte im April 2024 bei X Migranten und Geflüchtete als „Mädchen-Messerstecher“, beklagt die demokratische „Willkommenskultur“. Zudem behauptete sie, dass bei Straftaten die Namen „bei Syrern, Eritreern und Afghanen SYSTEMATISCH (Hervorhebung im Original) verschwiegen“ würden.⁵⁸

— Moderne Technik – reaktionäre Ziele

Zuerst und *Compact* waren nicht die einzigen Magazine, in denen *AfD*-Politiker*innen unreflektiert zu Wort kamen, mal im Artikel, mal in einer Meldung oder auch im Interview. Beim Hochglanzmagazin *Compact* um Chefredakteur Jürgen Elsässer traten führenden Parteifunktionär*innen auch in dem YouTube-Format *Compact TV* auf. Bei „Compact im Gespräch“ vom 2. Mai 2024 wehrte Maximilian Krah alle Spionagevorwürfe „exklusiv“ ab – und erzielte bis zum 2. Juli 2024 129.311 Aufrufe. Gauland und Höcke waren auch Interviewpartner. Das Magazin hatte nach eigenen Angaben eine Auflage von 40.000, der Kanal Anfang Juli 2024 342.000 Abonnenten.⁵⁹ Am 16. Juli 2024 verbot das Bundesinnenministerium das Unternehmen *Compact-Magazin GmbH* inklusive der herausgegebenen Medien nach dem Vereinsgesetz wegen Verstoßes gegen die verfassungsgemäße Ordnung. Zur Begründung sagte Innenministerin Nancy Faeser: „Dieses Magazin hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische Demokratie.“ Chefredakteur Jürgen Elsässer hatte mehrmals zum Umsturz aufgerufen.⁶⁰ Am selben Tag beklagte die *AfD*, die unliebsame Medienvertreter*innen seit Jahren z.B. von Parteitagen ausschließt, dass das Verbot eine „Verweigerung von Diskurs und Meinungsvielfalt“ sei. Die Partei bekannte sich so indirekt zu dem offiziell als rechtsextrem eingestuften Medien-Netzwerk, das neben der Publizität auch Konferenzen und Kundgebungen ausrichtete und mitrug.⁶¹ *Compact* wollte 14 Jahre lang keine journalistische Ausgewogenheit für eine Diskussion anbieten. Es war mehr aggressive völkische Agitationsplattform als Medium, alleine die *AfD-Brandenburg* plante für den Landtagswahlkampf 2024 mehr als ein Dutzend Veranstaltungen mit *Compact*. Für die Landespartei bedeutet es „deutliche Mehrausgaben“, beklagte Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt.⁶² Im *Compact*-Shop gab es u.a. das Buch „Die 88 besten Fleischgerichte aus dem Reich“ von Neonazi Tommy Frenck für 28,88 Euro oder den „Höcke-Taler“ in Silber für 74,95 Euro zu erwerben.⁶³ Die ebenfalls aus dem völkischen Lager stammende *Zuerst – Deutsches Nachrichtenmagazin* wirkt szenübergreifend und gilt als wichtiges Projekt für die PR der *AfD*. Nicht minder wichtig ist *Aufl*. Das digitale Fernseh-Angebot aus Österreich mit deutscher Dependence bietet *AfD*-Politiker*innen ein weiteres Forum. Der Gründer Stefan Magnet stammt aus der völkisch-nationalistischen Szene und beteiligte sich 2004 an einem *NPD*-Fest in Mücka.⁶⁴ Der *Deutschland-Kurier* um David Bendels wirkt als Lautsprecher der Partei. Er wurde 2017 als Magazin des *AfD*-nahen *Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten* herausgegeben. Der *Kurier* bringt mittlerweile täglich online vermeintliche Nachrichten aus dem Spektrum der Partei. Die Partei selbst hat den digitalen Raum frühzeitig erobert. „Alternative Medien“ zu schaffen, zählt zum strategischen Vorgehen. Bei YouTube läuft der Kanal *AfD TV*, den bis Mai 2024 264.000 Personen abonniert hatten. Kurzclips mit hoher Reichweite von *AfD*-Politiker*innen können hier mehrfach angeschaut werden.⁶⁵ Schon 2018 verkündete Weidel: „Unser ambitioniertes Fernziel ist es, dass die Deutschen irgendwann *AfD* und nicht *ARD* schauen.“⁶⁶ Die Social-Media-Abteilung der *AfD*-Bundestagsfraktion mit einem eigenen „Newsroom“ forciert die Strategie.

— Digitale Kanäle werden zu Fake-Medien der Alternative

Diese Online-Präsenz flankieren Einzelauftritte von Mandats- und Funktionsträger*innen bei den Sozialen Medien, um ungefiltert Informationen und Positionen verbreiten zu können. Nur ein Vergleich zwischen den Fraktionsspitzen im Bundes-

tag: Bei X hat Weidel am 2. Juli 2024 409.572 Follower*innen, Friedrich Merz (CDU) 317.015, Heidi Reichinnek (*Die Linke*) 17.731, Katharina Dröge (*Bündnis 90/Die Grünen*) 15.953 und Christian Dürr (FDP) 14.891. Bei TikTok ist die AfD insgesamt wesentlich stärker präsent. Weidel hat dort 297.700 Follower*innen, Merz nur 22.500.⁶⁷ Einzelne AfD-Kurzclips erzielen über 166.100 Likes und bewirken über 6.600 Kommentare. So erreicht und beeinflusst die AfD Teenager. Zum Star der AfD bei TikTok wurde Maximilian Krah. Der Spitzenkandidat zur Europawahl 2024 erreichte mit dem Clip „Echte Männer sind rechts“ bis zum 2. Februar 2024 alleine 1,4 Millionen Klicks. Er macht, was alle dort agierenden AfD-Politiker*innen machen: Sie bieten einen vermeintlich unpolitischen Mix zwischen alltäglichen Erlebnissen, privaten Momenten und thematischen Setzungen. Ihre politischen Aussagen erscheinen so weniger radikal. Dieser Trick greift selbst dann, wenn eine politische Message deutlich artikuliert wird. Im Clip „Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher“ sagt Krah: „Wir haben allen Grund stolz auf unser Land zu sein und auf die Menschen, die es aufgebaut haben.“ Er fordert die Zuschauenden auf, herauszufinden, „was Oma, Opa oder Uroma alles gemacht haben, wo sie herkamen, was sie gekämpft und gelitten haben“.⁶⁸ Stolz könne man sein. Der Clou: Der extreme Geschichtsrevisionismus wird nicht mit politischem Vokabular von Erinnerungspolitik und Gedenkkultur oder NS-Verbrechen und Holocaust formuliert. Diese Reizworte bleiben aus. Eine Umwegargumentation, die greift. Der Eindruck, es könnte jetzt gleich um Politik gehen, wird so auch mit einer sehr persönlich wirkenden Ansprache unterlaufen. Der Clip wird nicht gleich weggewischt. Bei TikTok stehen in der Wahrnehmung so einfach Meinungen neben Meinungen. Für Krah hat der Social-Media-Experte Erik Ahrens gearbeitet. Er baute dessen TikTok-Kanal auf. Ahrens selbst wurde in der Öffentlichkeit etwas bekannter, weil er forderte, dass deutsche Frauen zur Eizellenspende verpflichtet werden müssten, um die Demografie zu stabilisieren.⁶⁹ Bei der Sommerakademie 2023 des IfS stimmte Ahrens die Zuhörenden auf die Nutzung von TikTok ein und hob die enorme Reichweite hervor. „So, wie man sich 1923 gefühlt haben muss, als man das Radio für sich entdeckt hat, so fühle ich mich, wenn ich mir meine TikTok-Accounts anschau“, sagte Ahrens und betont ein strategisches Moment, denn die jeweiligen Sozialen Medien nutzen unterschiedliche User*innen, die dementsprechend angesprochen werden müssten.⁷⁰

In Deutschland sind mehr als 20 Millionen Menschen bei TikTok, insbesondere Heranwachsende. Ein enorm großes Publikum, das erreicht werden kann. Die Technik spielt den Akteur*innen zu. Denn die Kinder und Jugendlichen müssen die Clips gar nicht suchen. TikTok zeigt alle online gestellten Videos vorab ausgewählt einer bestimmten Anzahl von Menschen. Wird der Clip angesehen oder kommentiert, wird er weiteren Menschen in die Timeline gespielt. „Die jungen User, die den teils extremen Charakter der Videos oft nicht auf Anhieb durchschauen, bekommen ähnliche Inhalte wieder vorgeschlagen. Und wieder. Und wieder. Exponentielles Wachstum ist so möglich“⁷¹, fassen Kerstin Breinig und Tom Garus bei *tagesschau.de* die Funktionsweise zusammen. Die Technik verstärkt aus sich selbst heraus die Radikalisierungsdynamik, warnte 2019 bereits Julia Ebner in „Radikalisierungsmaschinen“.⁷² Lange bevor TikTok in Deutschland für alle Interessierten nutzbar war, waren die Sozialen Medien Thema bei einzelnen Rechtsextremen. Auf *sezession* rief bereits 2017 Nils Wegner auf, Memes als „kognitive Waffen im Informationskrieg“ gezielt einzusetzen. Wagner, der auch beim IfS mitwirkte, empfiehlt zudem bei Memes Inhalte und Worte des „politischen Gegners“ gezielt aufzugreifen und „umzudrehen“: „Es braucht nur den Willen (...) um die vom politischen Gegner in die Welt gesetzten Schlagworte und Inhalte (...) emotional neu aufzuladen und zum eigenen Vorteil einzusetzen.“⁷³

Diese digitale Falange hat die *AfD* nicht alleine aufgestellt. Sie wird flankiert von einzelnen Online-Aktivist*innen, die hoch professionell agieren. Aus der *Jungen Alternative* nutzt die Landesvorsitzende Anna Leisten aus Brandenburg gerne Instagram – ganz privat, ganz persönlich. Zwischen Bildern von Getränken und Essen, Natur- und Einkaufsausflügen finden sich politische Botschaften. Eine Aufnahme von der Teilnahme bei einem Aufmarsch der rechtsextremen *Identitären Bewegung* oder eine Kachel mit ihr und der Botschaft: „Team #Remigration“. Diesen Mix stimmt kein Mastermind ab, er ist dynamisch und demokratiefeindlich. Johannes Hillje weist 2024 auf einen grundsätzlichen Unterschied zu demokratischen Parteien hin: „Für eine demokratische Öffentlichkeit gilt der Grundsatz, dass Partei-PR und Journalismus zwei sich ergänzende Funktionen erfüllen“, doch die *AfD* „sprengt“ diese „notwendige Rollenverteilung: Sie will selbst ‚journalistisch‘ kommunizieren, ihre Öffentlichkeitsarbeit soll nicht Ergänzung, sondern Ersatz für unabhängige Medien sein.“ Dieses Verständnis von Pressefreiheit und PR-Arbeit erinnert an Propaganda, die Fakes, Falschinformationen und Feindbilder verbreitet.⁷⁴

3. KAPITEL

AUTORITÄRE SEHNSÜCHTE:

RADIKALE STRATEGIEN FÜR EINEN

RECHTEN STIMMUNGSWECHSEL

In Magdeburg war Maximilian Krahs der Star der Partei. Die rund 600 Delegierten der *AfD* kürten den Dresdener Politiker auf dem Bundesparteitag vom 28. bis 30. Juli 2023 zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahl. In der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt konnte sich erneut ein Mann aus der offiziell rechtsextremen Strömung des *Ex-Flügels* durchsetzen. Die Bundesspitze um Alice Weidel und Tino Chruppala intervenierte in der Öffentlichkeit nicht – weder vor noch während des Parteitages. Auch aus der gesamten Partei war kaum Widerspruch zu vernehmen. Der thüringische Landtagsfraktions- und Landesvorsitzende Björn Höcke gab letztlich auf dem Delegiertenparteitag auch die Ausrichtung des Europawahlkampfes 2024 vor: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“⁷⁵, sagte Höcke im Interview mit Phoenix.

Höckes bewusst gewählt Semantik verdeutlicht die Intention. Die Bedeutung von Demokratie und europäischem Denken soll sich im Sinne von Homogenitäts- und Autoritätsstreben verändern. Der führende Kader der *Identitären Bewegung* Martin Sellner fordert in seinem Buch „Regime Change von rechts“ eine „anschlussfähige Provokation“. „Der Rahmen des Sagbaren muss durch quantitative und qualitative Steigerung ständig erweitert werden. Dabei muss die Opposition aber stets anschlussfähig bleiben und darf nicht in selbstgefälligen Extremismus kippen.“⁷⁶ Diese Intention Höckes und Krahs wird von einer starken internen Parteiströmung mitgetragen. Der sogenannte *Flügel* wurde 2015 gegründet und im März 2020 vom *Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)* als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestuft.⁷⁷ Auf Druck des Bundesvorstandes löste sie das Netzwerk um Höcke formal auf. Der Vorstand hatte damals die Sorge, dass die gesamte Partei vom *BfV* beobachtet werden könnte. Die Struktur verschwand, Personal und politischer Einfluss blieben.⁷⁸ Keine andere Strömung in der Partei prägte sie so von innen. Die *Flügel*-Anhängerschaft erfuhr Unterstützung aus dem *Institut für Staatspolitik*. Bei diesem rechtsextremen Netzwerk sind Höcke und Krahs gern gesehene Gäste. Im *Antaios Verlag* von Götz Kubitschek erschien 2023 Krahs Manifest „Politik von rechts“. Der *AfD*-Ehrentvorsitzende Alexander Gauland schrieb das Vorwort. Krahs sagt von sich selbst in der *Zuerst!* „Ich bin ein Wolf im Wolfspelz.“⁷⁹ Die Positionen und Argumentation sind nicht bloß Ideen oder Gedankenspiele. Mit dem Werk greift er westliche Wertvorstellungen fundamental an. Ihn freut, dass die „absolute Dominanz westlich-liberaler Ordnungsvorstellungen“ schwinde, da die „ökonomische, kulturelle und politische Macht des Westens erodiert“.⁸⁰

Der „russische (...) Einmarsch in die Ukraine“ wäre „ein Fanal: die offene Infragestellung der Weltordnung, wie sie sich nach Ende des Kalten Krieges entwickelt hat, und des Völkerrechts, das allgemein anerkannt ist“. Diese neue Weltordnung skizziert Krahs: „Der Gegensatz besteht somit zwischen einer unipolaren Welt im Sinne des globalisierten Westens samt seinem ‚Ende der Geschichte‘ und einer multipolaren Welt verschiedener Großräume, die sich selbst organisieren, regelmäßig durch angestammte Regionalmächte, und in die raumfremde Mächte nicht intervenieren dürfen.“⁸¹ Als

fremde Macht im eigenen Raum erscheinen hier die Vereinigten Staaten. Die Idee der Besetzung des angestammten Lebensraums, der Bundesrepublik, durch die USA kann als Andeutung herausgelesen werden, die auch Reichsbürger*innen häufig verkünden. Einen Status quo zwischen den Nationen mit einem Interventionsverbot meint Krah aber nicht. Denn er schreibt zudem, dass die „kleinen Staaten (...) ohne die Unterstützung der USA nie den Konflikt wagen“ würden. Doch „mit der stärksten Militärmacht der Welt im Rücken tun sie es aber und oft unfassbar eskalierend“.⁸² „In diesem Konflikt wird dann unter dem Stichwort der ‚nationalen Selbstbestimmung‘ dem kleinen Staat die Solidarität versichert und so die traditionelle Regionalmacht im eigenen geographischen und oft kulturell verbundenen Raum zurückgedrängt.“⁸³ In dieser Logik führt Russland keinen Angriffskrieg, sondern ein Verteidigungskrieg. Eine Rückeroberung gegen raumfremde Mächte. Dementsprechend kritisiert Krah auch nicht die Politik Chinas gegenüber Taiwan.⁸⁴ Krah begrüßt letztlich das „Fanal“ gegen den Westen – in der *AfD* keine Einzelmeinung.

Die Vorstellung von „raumfremden“ Mächten geht auf den Staatsrechtler Carl Schmitt mit zurück. Carl Schmitt gehört zu dem Herrenkreis der *Konservativen Revolution* zwischen den beiden Weltkriegen 1918 und 1939, die äußerst radikal Demokratie, Parlamentarismus und Liberalismus vor allem publizistisch angriffen.⁸⁵ Schmitt rechtfertigte 1934 die Entmachtung der SA und die Ermordung der leitenden Funktionsträger. Bei dem angeblichen Putsch des SA-Führers, Ernst Röhm, gegen Adolf Hitler wurden extrem-rechte Kritiker ebenso getötet. Bis zu 200 Personen sollen bei der „Röhm-Affäre“ ermordet worden sein.⁸⁶ Schmitt schrieb im Schatten dieser Ermordungen: „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.“⁸⁷ In seiner Großraumtheorie ging Schmitt bereits von einer neuen multipolaren Welt aus. Von Schmitt ausgehend, meinte Dimitrios Kisoudis im Oktober 2022 in der *Sezession*, dass in einer multipolaren Weltordnung, Europa einen von mehreren Großräumen bilden sollte. Nicht alleine die *EU* in ihrer jetzigen Form müsse dafür weichen, sondern vor allem die *NATO*, die nur „Vorwand zur Sicherung der US-Hegemonie über Europa“ sei, schrieb der Referent in der *AfD*-Bundestagsfraktion. Der Hegemon dieses neuen EU-Großraums muss nach Kisoudis Deutschland sein. Eine klare Vision. Mit dem Konzept der Multipolarität sind Krah und Kisoudis keine Solitäre in der *AfD*. Auf dem Parteitag in Magdeburg sprach Tino Chrupalla ebenso von einer „multipolaren Welt“⁸⁸. Kisoudis, der im *Antaios Verlag* veröffentlichte, arbeitet bei Chrupalla. Im Interview mit dem *Deutschlandfunk* warf Chrupalla am 15. April 2023 der Bundesregierung vor, sich zu stark für Taiwan zu engagieren, statt besser mit China zu kooperieren.⁸⁹

Der *AfD*-Bundestagsfraktionsvorsitzende und Bundessprecher betonte in Magdeburg, was Krah in seinem „Manifest“ deutlich radikaler ausführt. Chrupalla sagte, dass Europa „einseitige Abhängigkeiten abstreifen“ müsse, um sich auf die eigene Stärke zu besinnen – „oder Europa bleibt in Gänze ein Anhängsel des Westens“.⁹⁰ Mit der „Abhängigkeit“ sind jedoch nicht alleine militärische Bündnisse oder politische Verbindungen gemeint, sondern auch gemeinsame Wertvorstellungen und ausformulierte Rechte. Diese Ablehnung klingt an, wenn Krah ausführt, dass „Globalismus (...) ‚identitätslos‘“ sei. „Herkunft, Tradition, Abstammung, Volk, Religion dürfen keine Rolle mehr spielen, ja, sie belasten das Projekt sogar“, schreibt er. Und weiter: „Deshalb führt der Globalismus zur Zerstörung von Tradition und Natur, statt zweier biologischer Geschlechter soll es 52 konstruierte geben, statt kultureller Homogenität Multikulti, statt Mutter-Vater-Kinder-Familien Leihmutterschaft, Genmanipulation und Transhumanismus. Das Symbol dafür ist die Regenbogenfahne, die längst das Sternenbanner abgelöst hat.“⁹¹

Die Westverbindungen stellt Krahn mit dem Bezug zur Regenbogenfahne folglich als Angriff einer fremden „Woke“-Kultur gegen die eigene Identität dar. Hier werden nicht bloß die historisch gewachsenen Allianzen mit den Vereinigten Staaten und Frankreich, der *Europäischen Union* und der *NATO* verneint. Hier wird auch die aus dem Westen inspirierte Idee der Aufklärung verbunden mit der Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit abgewehrt. Diversität und Liberalität werden als volks- und vaterlandszersetzend angefeindet. Diese Argumentation forcierte Höcke schon bei seiner Rede am 3. Oktober 2022 in Gera. Vor 700 Gästen erklärte er am Tag der Deutschen Einheit: „Das deutsche Volk steht an einer historischen Wegmarke. (...) Wenn ich mich jetzt für das deutsche Volk entscheiden müsste zwischen dem Regenbogen-Imperium, (...) zwischen dem globalistischen Westen (...) oder dem traditionellen Osten, ich wähle in dieser Lage den Osten!“⁹² Zuvor fragte er rhetorisch, warum westliche Politiker und Medien immer auf Russland und Ungarn „hacken“ würden? Er antwortete selbst: „Liegt es vielleicht daran, dass ein Viktor Orbán sein ungarisches Volk verteidigt, ebenso die Ehe zwischen Mann und Frau, und die kinderreiche Familie zum Grundstein und zum Fundament von Volk und der Nation erklärt? Liegt es vielleicht daran, dass Russland (...) den Glauben für etwas ansieht, das fundamental zur inneren Gesundheit eines Volkes dazugehört? Oder liegt es vielleicht daran, dass sich diese Länder und ihre Staatslenker gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte entschieden haben, gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten?“⁹³ Höcke geht in der Rede nicht alleine hinter das Versprechen der Aufklärung zurück, er wendet sich ebenso von Demokratie und Parlamentarismus ab, wenn er sich Autoritarismus und Autokratien zuwendet. Die Rede endet prompt mit einem Appell: „Unser Kampf ist ein gerechter Kampf für ein gerechtes Ziel. Wir halten durch, wir kämpfen zusammen. (...) Es lebe unsere Heimat Thüringen, es lebe unser deutsches Vaterland, es lebe das wahre Europa.“⁹⁴ Mit diesen einschlägigen Positionen erfahren Höcke und Krahn großen Zuspruch in der Partei.

— Normalisierung gefährlicher Sprache

Kam Kritik an einem Parteimitglied wegen zu radikaler Formulierungen auf, bemüht sich ein anderes Parteimitglied diese Position wieder zu relativieren. Im Diskurs wird so der Eindruck vermittelt, es gäbe in der *AfD* intern eine gemäßigte Opposition. Beispiele für so einen Normalisierungsdiskurs gefährlicher Aussagen sind u.a. die Behauptung, dass das „zentrale Projekt der ‚Volksverderber‘ der ‚Bevölkerungsaustausch‘ beziehungsweise die ‚Umvolkung‘ der ‚Biodeutschen‘“ sei. Dieser Bevölkerungsaustausch soll durch eine „‚Asylflut‘ erreicht werden“, der wiederum von der „gelenkten ‚Lügenpresse‘ publizistisch legitimiert und von ‚grün-links versiffen‘ ‚Gutmenschen‘ beklatscht“ würde.⁹⁵ Im 51 Seiten starken „Europawahlprogramm 2024“ schlug die *AfD* jedoch moderatere Töne an, um die extremistischen Botschaften zu verharmlosen. Im Grundsatzprogramm ist der Ton nicht minder gedämpft. Die extremen Töne erfolgen im Wahlkampf von der Bühne je nach Publikum ausgerichtet. Der Prozess der Normalisierung des Radikalen spiegelt sich längst in Talkshows oder Interviews. Diese Partei treibt an, was schon für Carl Schmitt das zentrale Problem war: die Negation der universellen Menschenrechte. Denn in „dieser universellen Gesellschaft wird es dann keine Völker als politische Einheit“ mehr geben. Auch weil diese Idee die „reale Möglichkeit des Kampfes“ ausschließe, sodass „jede Freund- und Feindgruppierung unmöglich geworden“ sei. „Wer Menschheit sagt, will betrügen“,⁹⁶ so Schmitt. Denn der Begriff sei universal, eine Verallgemeinerung, in der das Individuelle verlogen ginge. Auf dieser Basis beruht das Programm statt universeller Menschenrechte, auf völkischem Nationalismus.

Die *AfD* führt in der Präambel zum Europawahlprogramm unter „Europa neu denken“ aus, dass sie sich seit ihrer Gründung für ein „Europa der Vaterländer“ stark mache, einem „Bund europäischer Nationen“. Nicht bloß weil sie denkt, dass die *Europäische Union* nicht reformierbar sei. Die *EU* macht sie für die Zerstörung der „Souveränität der Nationalstaaten“ verantwortlich. „Die „tragenden Eliten“ der *EU* würden einen „EU-Superstaat“ anstreben. „Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität“⁹⁷, schreibt die *AfD*. Die „Grenzen müssen wieder als das verstanden werden, was sie“ seien, betont die Partei: „als Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, als Unterscheidung von Eigenem und Fremden, als Voraussetzung für souveräne Staatlichkeit.“⁹⁸ Diese Unterscheidung erinnert erneut an Schmitt und spielt auf die implizierte Trennung des Eigenen und Fremden an. „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind“, schrieb Schmitt 1932. Denn nur so könne zwischen „Verbindung oder Trennung“ unterschieden werden.⁹⁹ Schmitt offerierte ein fragwürdiges Verständnis von Demokratie, als er 1923 ausführte: „Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen (...). Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, dass sie das Fremde und Ungleiche, das die Homogenität Bedrohende zu besiegen oder fernzuhalten hat.“¹⁰⁰

Mit diesen Positionen ist Schmitt einer Referenzgröße für die *AfD*. Er gehört zum antidemokratischen Kanon dieses Milieus, von dem die *AfD* nicht nur ihre Volks- und Demokratievorstellungen ableitet, sondern auch ihre Remigrationspläne. Denn Höcke und Krah beziehen sich auf den Staatsrechtler, der auch antisemitisch über Juden und Judentum schrieb.¹⁰¹ Die Präsenz der „Remigrationsideen“ in der *AfD* spiegelte sich in Magdeburg bei der Kandidatur von Michael Schumann für die Europawahl wider. Der parlamentarische Mitarbeiter der Hamburger *AfD*-Bürgerschaftsfraktion sagte von sich, Teil der „letzten Generation (...) junger Europäer“ zu sein, die sich nicht gefallen lassen wollen, eine „Minderheit im eigenen Land“ zu werden. Er beklagt, was schon die *NPD* beklagte, einen drohenden Volkstod. Die Rettung, führte er weiter aus, sei die Rückführung, um die „europäische Völkerfamilie, das deutsche Volk“ zu schützen. Die „Ersetzungsmigration“ sei „keine Verschwörungstheorie“, betonte er. Einwanderung bedeute kein Wochenende ohne „Messerstecherei, Schießerei und Vergewaltigung“. Er forderte, dass Airbus „Pläne für die Remigrationsflotte“ vorlegen müsse. Die Rückführung sei nötig, um die „europäische Völkerfamilie, das deutsche Volk“ zu schützen.¹⁰² Schumann mag für die Öffentlichkeit ein Nobody sein, in der Partei ist er es nicht. Der Kandidat ist mehr als exemplarisch für die *AfD*, die ihr Personal auch aus politisch gefestigten nationalistischen Bündnissen zieht. So ist er nicht nur Mitglied der *Jungen Alternative*, die das *Bundesamt für Verfassungsschutz* als eindeutig rechtsextremistisch eingestuft hat, sondern aktives Mitglied der *Landsmannschaft Mecklenburgia Rostock*. Diese galt schon 1993 intern für den Hamburger Geheimdienstes als „zumindest rechtsextremistisch beeinflusst“.¹⁰³ Der Hamburger Fraktionschef Dirk Nockemann distanzierte sich im *NDR* nicht von Schumanns Aussage, dass in „Frankreich ein Kalifat ausgerufen wird“.¹⁰⁴ Warum auch? Von der kommunalen Ebenen bis zur europäischen Ebene ist die Remigration für die *AfD* eine der zentralen Forderungen, „um Volk und Vaterland“ zu schützen. Im Entwurf des Kommunalprogramms zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern 2024 fordert die *AfD*, die „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ zu stoppen. Sie will einen grundsätzlichen „Aufnahmestopp“ und zudem einen „eigenen Rückführungsbeauftragten“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten.¹⁰⁵ Bereits im Programm der *AfD* zur Europawahl stand: „Nicht ‚Resettlement‘, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der Stunde, sondern das Gegenteil: Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.“¹⁰⁶

EINE PARTEI VOLLER „GANOVEN“?

Tino Chrupalla sitzt zur besten Sendezeit im *ARD*-Talk *Caren Miosga*. Miosga geht auffällig pfleglich mit dem politischen Hardliner um. Der Parteichef der *AfD* fühlt sich scheinbar unbeschwert, als er „in erfrischend naiver Manier“¹⁰⁷ auf die Frage antwortet, was die Vorteile des Bargelds seien: „Dass man unkontrolliert Dinge bezahlen kann, ohne dass jemand weiß, was man getan hat.“ Der Kabarettist Florian Schröder witzelt am nächsten Tag in der *taz*: „Das ist das Sympathische an der *AfD*: die unverstellte Ehrlichkeit. Man weiß einfach, woran man bei ihr ist.“¹⁰⁸ In Zeiten von Spionage- und Korruptionsvorwürfen gegen die *AfD* plopt bei einem Antrag der Bundestagsfraktion ebenso Ironie auf. Der Antrag lautet: „Bargeld ist gedruckte Freiheit (19/26904)“ – angelehnt an Fjodor Dostojewskis Satz „Geld ist gedruckte Freiheit“. Die Einführung eines „nationalen Bildungsprogramms“ solle der „fehlenden Aufklärung im Umgang mit den eigenen Finanzen entgegenwirken“¹⁰⁹, heißt es.

Lupenreine Demokraten wollen sie sein, ehrlicher als alle anderen Parteien. Die *AfD* verspricht viel und gibt sich aufklärerisch. Slogans wie „Korruption bekämpfen“ vermitteln den Eindruck, Deutschland versinke im mafiösen Dickicht. Schuld daran sind „die da oben“. In der Realität tritt die *AfD* aber eher nach unten. Das *AfD*-Programm ist für Reiche, nicht für Marginalisierte. „Abzocke“ wird bei denen gesehen, die ohnehin wenig haben: Geflüchtete und Bürgergeld-Empfänger*innen. Der *AfD*-Mitbegründer Konrad Adam mokierte sich 2006 in einer Kolumne in der Tageszeitung *Die Welt* darüber, dass die Politik „zugunsten der Zuwendungsempfänger kippen“ könnte. Entsprechend spielte Adam, der die Partei im Zorn verließ, mit dem Gedanken, wie es wäre, „Inaktiven und Versorgungsempfängern“ – u.a. Rentner*innen und Arbeitslosen – das Wahlrecht abzuerkennen.¹¹⁰ Die *AfD*-Führung hat sich immer wieder gehäutet, sich von Mittelmaß und Anpassung verabschiedet. „An die Stelle der Professoren aus der Gründungsphase traten häufig freie Unternehmensberater, die radikale Positionen zu Markt und Nation in sich vereinen“¹¹¹, erklärt Historiker Volker Weiß. „Mit dieser Abkopplung der Staatsdiener hat sich die *AfD* heute frühzeitig auf mögliche Behördenmaßnahmen eingestellt und zugleich inhaltlich schärfer ausgerichtet.“ Die *AfD* will sich nicht an Spielregeln halten, sondern eigene schaffen.¹¹²

Laut dem Verein *Lobbycontrol* erhielt die *AfD* seit der Parteigründung 2013 über 5,5 Millionen Euro an Großspenden. Geld und Macht ziehen Glücksritter und Hasardeure an. Die Partei sei voller „Ganoven“, sagte Parteimitbegründer Konrad Adam.¹¹³ Seit ihrer Gründung 2013 ist die *AfD* von 7.000 Mitgliedern auf rund 48.000 Mitglieder 2024 angewachsen.¹¹⁴ Gegen mindestens neun Bundestagsabgeordnete ist nach Recherchen von *abgeordnetenwatch.de* ein Gerichts-, ein Ermittlungs- oder ein Disziplinarverfahren anhängig.¹¹⁵ In gleich mehreren Fällen geht es um den Verdacht der Bestechlichkeit, der Untreue oder um Verstöße gegen das Parteiengesetz. Wegen Subventionsbetruges für den unrechtmäßigen Bezug von Corona-Subventionen wurde jüngst der *AfD*-Bundestagsabgeordnete Kay-Uwe Ziegler erstinstanzlich vom Amtsgericht Dessau-Rosslau verurteilt. 12.000 Euro soll er sich demnach erschlichen haben.¹¹⁶ Ziegler ist kein Einzelfall. Gegen das Mitglied des Schönebecker Stadtrates Steffen Baumann wurde im Mai Haftbefehl erlassen wegen gewerbsmäßigen Betrugs in 50 Fällen.¹¹⁷ Chefarzt Jozef Rakicky war bis Anfang des Jahres Mitglied der niedersächsischen *AfD*-Landtagsfraktion. Nach Recherchen des *NDR* steht er im Verdacht, Geld im Kreistag Helmstedt falsch abgerechnet zu haben. Gegen ihn und die Abgeordnete Vanessa Behrendt wird in Braunschweig wegen gemeinschaftlichen Betrugs

und Untreue ermittelt.¹¹⁸ Thomas Rosspacher vom *AfD*-Kreisverband in Stuttgart ist wegen Insolvenzverschleppung vorbestraft. Ein ehemaliger Berater von Alice Weidel, Friedel Opitz, wurde wegen Kreditbetrugs 2021 verurteilt. Er erhielt Geld von einem *AfD*-Wahlkampfkonto, auf dem auch illegale Spenden aus der Schweiz eingingen.¹¹⁹ Eine Partei mit reinem Gewissen sieht anders aus.

Politik gegen Arme

Die *AfD* will regieren – mit einer Politik für die Vermögenden. Laut ihrem Grundsatzprogramm findet sie den Sozialstaat nicht wichtig: Sie will einen schlanken Staat, der sich auf vier Kerngebiete beschränkt: Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.¹²⁰ „Der viel zu mächtige, viel zu fette Staat hat viel zu viele Steuereinnahmen, aber auch zu viele Ausgaben“, meint etwa der bayerische *AfD*-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende Peter Boehringer. Die Partei folgt der neoliberalen Logik einer umfassenden Privatisierung staatlicher Infrastruktur und der Zerschlagung gesetzlicher Sicherungssysteme, warnt der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* in einer Informationsbroschüre mit dem Titel „AfD – Keine Alternative für Beschäftigte“.¹²¹ Dabei hängt die *AfD* am Tropf des „Systems“, das sie ablehnt. Es ist ausgerechnet diese Partei, die am intensivsten von staatlichen Geldern als Einnahmequelle lebt.¹²² Wegen geringer Mitgliedsbeiträge machen die 10,4 Millionen Euro der staatlichen Parteienfinanzierung 44,9 Prozent ihrer Gesamteinnahmen aus. Der Rechenschaftsbericht des *Deutschen Bundestags* für das Jahr 2022 belegt diesen Prozentsatz. Sie hängt am Staatstropf – und bekämpft ihn ungeniert. Bei über 10,4 Millionen Euro an Steuergeldern besteht für die *AfD* auch die Möglichkeit, nahestehende Netzwerke indirekt zu unterstützen.¹²³ Eine Variante: die Beschäftigung von Rechtsextremist*innen aus Organisationszusammenhängen, die offiziell von der *AfD* als unvereinbar gelten.

Die Partei erhält zudem Spenden und Zuwendungen in Millionenhöhe. Die *AfD* ist „extrem neoliberal“¹²⁴, erklärt der Präsident des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)*, Michael Fratzscher. Fratzscher nennt es ein „bemerkenswertes Paradox“, denn in einem Bericht weist das *DIW* daraufhin, dass Menschen, die die *AfD* unterstützen, auch am stärksten unter der *AfD*-Politik leiden würden. Hauptleidtragende seien demnach die eigenen Wähler*innen.¹²⁵ Die *AfD* schneidet zum Beispiel besser im Osten und in Wahlkreisen ab, in denen die Perspektivlosigkeit groß ist, die Chancen für junge Menschen gering sind und durch deren Abwanderung wichtige Infrastrukturen für Familien und Kinder – und damit auch für Unternehmen – schlechter werden oder verschwinden.¹²⁶

Spendensumpf, Milliardärsfreunde und Crash-Propheten

Die *AfD* hat 2022 Spenden von Einzelpersonen in Höhe von 3,8 Millionen Euro bekommen. Das macht knapp 17 Prozent der Einnahmen aus.¹²⁷ Größter Einzelspender ist bislang Hartmut Issmer, ein Bauingenieur aus dem hessischen Erlensee, der der *AfD* im ersten Halbjahr 2023 265.000 Euro zukommen ließ. Er ist als Verschwörungsideologe und Antisemit öffentlich aufgetreten, wettete gegen eine „linke Denkdiktatur“, Volksverräter und fürchtete sich vor den „Weltherrschaftsplänen“ jüdischer Bankiers, wie das *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)* berichtete.¹²⁸ Ein verstorbener Ingenieur und Erfinder aus Bückeberg vererbte der Partei einen millionenschweren Goldschatz im Wert zwischen zehn und vierzehn Millionen Euro. Der psychisch kranke Mann verbrannte sich 2018 auf einer Wiese. Die *AfD* muss um das Erbe fürchten, da ein Rechtsstreit um die Gültigkeit des Testaments läuft.¹²⁹

Eine Schlappe musste die Partei 2023 in einem anderen Fall erleben, als das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ein Urteil gegen die **AfD** bestätigte und sie zur Strafzahlung eines Bußgeldes von 396.000 Euro verdonnerte. Zwei Schweizer Unternehmen hatten anonymes Geld an den Kreisverband Bodenseekreis, den Wahlkreis von Alice Weidel transferiert.¹³⁰ Die Bundestagsverwaltung setzte Sanktionszahlungen in Höhe des dreifachen Spendenbetrages wegen Verstoß gegen das Parteiengesetz fest. Das private Vermögen der Parteichefin wird auf 1,2 Millionen Euro geschätzt. Sie lebt offiziell mit Hauptwohnsitz in Überlingen, doch seit 2017 soll sie auch im schweizerischen Biel gemeldet sein und Steuern zahlen.¹³¹ Dort leben ihre Partnerin und die Kinder.¹³² Die ehemalige Investmentbankerin Weidel bewegt sich in der Welt der Reichen. In Cannes an der Côte d'Azur traf sie sich in einem Nobelrestaurant mit dem Müller-Milch und Landliebe-Milliardär Theo Müller. Der sprach gegenüber der **Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)** von einer „Freundin“, die er schon lange kenne.¹³³ Sie wohne in der Nähe seiner Wahlheimat in der Schweiz und komme „öfters zu Besuch“. Er könne „nicht den geringsten Anhaltspunkt“ für eine NS-Ideologie bei der **AfD** finden, lässt sich Müller zitieren. Geld aber bekomme die **AfD** nicht von dem vermögenden Molke-reibesitzer.¹³⁴ Bereits im Jahr 1989 hatte das österreichische Magazin **Wiener** darüber berichtet, dass Müller die extrem rechte Partei **Die Republikaner** mit hochdotierten Parteispenden unterstütze. Erfolglos versuchte der Unternehmer die Zeitschrift mit einer Unterlassungserklärung zum Schweigen zu bringen.¹³⁵

2018 sorgte die hinter dem milliardenschweren Label **Degussa** stehende Bankiersfamilie von Finck für Aufmerksamkeit. Recherchen u.a. des **Spiegel** ergaben, dass der 2021 verstorbene August von Finck „indirekt an der Konzeption einer **AfD**-nahen und im Wahlkampf hunderttausendfach verteilten Zeitung mitgewirkt sowie Veranstaltungen der **AfD** finanziert hatte und über eine seiner Firmen am lukrativen Goldhandel beteiligt gewesen war, mit der die Partei anfangs ihre Finanzen aufbesserte“.¹³⁶ Nach dem Tod des Patriarchen trennte sich **Degussa Goldhandel** 2022 von seinem Geschäftsführer Markus Krall, der als „Crash-Prophet“ und Autor von Büchern wie „Freiheit oder Untergang“ und „Der Crash ist da“ in Finanzkreisen bekannt wurde. Krall warb öffentlich für die **AfD**, zweifelte den menschengemachten Klimawandel an und kritisierte die **Europäische Zentralbank** wegen ihrer Niedrigzinspolitik als „Maschinenraum des Völkermordes“.¹³⁷ Im Dezember 2022 kam es bei Krall zu einer Hausdurchsuchung im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe, welche die mutmaßlich terroristische „Reichsbürger“-Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß aushob. Krall kannte den Frankfurter Immobilienhändler seit Jahren, war sogar nach dem geplanten Umsturz als Finanzminister eingeplant. Er habe sich frühzeitig distanziert, heißt es in Kralls Aussagen bei der Staatsanwaltschaft. Kontakt zu umstürzlerischen Netzwerken zu haben, scheint auch in einer **AfD**-nahen Finanzszene kein Ausschlussgrund. Der „Kapitaltag“ im April 2024 in einem Business-Hotel in Hannover-Laatzten zeigte das nachdrücklich. Eingeladen hatten Professor Max Otte, Markus Krall und der emeritierte Hannoveraner Professor und „Querdenker“ Stefan Homburg. Mit dabei als Referent auch Alexander von Bismarck, der am geheimen **Potsdam-Treffen** teilnahm, auf dem über die „Remigration“ von deutschen Bürger*innen diskutiert wurde.¹³⁸ Die Teilnahmekosten beliefen sich auf einen Betrag zwischen 199 und 997 Euro. Rund 300 Menschen, die von Politikversagen, Crash und Anlagemöglichkeiten hören wollten, waren gekommen. Otte war in den Anfängen Vorsitzender der „Werteunion“, die als Verein der **CDU** nahe stand. 2022 trat Otte für die **AfD** zur Wahl des Bundespräsidenten an.¹³⁹ Ein Jahr zuvor hatte Otte dem **AfD**-Kreisverband Görlitz von Tino Chrupalla 20.000 Euro gespendet.¹⁴⁰

KAMPF UM DIE KADER –

VÖLKISCHE THINKTANKS UND DIE AfD

Wenn die „erweiterte patriotische Familie“¹⁴¹ sich zu einer Ballnacht in der Wiener Hofburg trifft, dann fehlen deutsche Nationalist*innen nicht. Der „Akademikerball“ der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* zog am 24. Februar 2024 auch den *AfD*-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier an. Dort traf er neben dem österreichischen Ex-Vizekanzler und *FPÖ*-Chef Heinz-Christian Strache ebenso auf Martin Sellner, den Kopf der rechtsextremen *Identitären Bewegung* nebst Gattin. Im gehobenen Ambiente ließ sich herrlich plaudern. Da störte auch das Datum wenig, der Jahrestag des russischen Überfalls auf die gesamte Ukraine. Die von deutsch-nationalen Burschenschaften seit 1952 geprägte Wiener Veranstaltung gilt als wichtiger gesellschaftlicher Treffpunkt von Studentenschaften, gutsituiertem Bürgertum, Wirtschaft und Politik. Bei Glanz und Gloria ist das Private auch politisch. Sellner, im Frack mit roter Fliege und Burschenschaftsband lobte diese „wunderbare Tradition“. In seinem Buch „Regime Change von rechts“ schwärmt er: „Das elitäre Zugehörigkeitsgefühl speist die nötige Opferbereitschaft der vielen einzelnen, ohne die oppositionelle Parteien und Bewegungen nicht handlungsfähig sind.“¹⁴²

Der Deutsche Markus Frohnmaier gab sich in Wien kurz angebunden, sagte im Vorübergehen in die *ARD*-Kamera, er treffe nur Demokraten, keine Burschen.¹⁴³ 2020 hatte *AfD*-Wehrexperte Rüdiger Lucassen am Ball teilgenommen und bei Facebook geschrieben: „Ein toller Abend mit viel Tradition und nationalem Stolz.“ 2019 reisten Enrico Komning (MdB) und Nikolaus Kramer (MdL) aus Mecklenburg-Vorpommern an. Komning schwärmte: „Erstmalig und lange geplant trafen wir auf viele bekannte Gesichter aus Deutschland und viele Korporierte aus der aktiven Studienzeit“. Höhepunkt, so der parlamentarische Geschäftsführer der *AfD*-Bundestagsfraktion, sei für sie das kurze, aber sehr aufschlussreiche Gespräch mit Heinz-Christian Strache gewesen. Dessen damalige Partei die *FPÖ* war schon 2020 der *AfD* weit voraus, bei den Europawahlen 2024 wurde sie nun stärkste Kraft im Land. „HC“ Strache hatte schon im Alter von 15 Jahren die ersten Kontakte zu österreichischen Neonazis. 1989 nahm er an Wehrsportübungen der paramilitärischen *Wiking-Jugend* im hessischen Fulda teil.¹⁴⁴ Solch eine braune Vergangenheit stört unter Korporierten nicht. Komning ist „Alter Herr“¹⁴⁵ der *Greifswalder Burschenschaft Rugia*. Sie zählt zu den extrem rechten Verbindungen und soll laut dem Verfassungsschutz „die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland weitgehend ablehnen“. Bei der *Rugia* bestehen Überschneidungen zur Partei *Die Heimat* und zur völkischen *Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO, früher Landsmannschaft Ostpreußen)*.¹⁴⁶ Dort war auch der inzwischen verstorbene Holocaustleugner Rigolf Hennig „Alter Herr“.¹⁴⁷

Komnings Begleiter in Wien ist Nikolaus Kramer, Vorsitzender der *AfD*-Landtagsfraktion in Schwerin und Mitglied der Berliner *Burschenschaft Gothia*, einer pflichtschlagenden Verbindung, zu deren prominentesten Mitgliedern der ehemalige Finanzsenator Peter Kurth (*CDU*) gehört.¹⁴⁸ Als Referenten wurden von Egon Bahr (*SPD*) bis zum Holocaust-Leugner Horst Mahler viele nach Berlin-Zehlendorf zu den Gothen eingeladen. Zeitweilig fand in dem Haus der „Staatspolitische Salon“ des rechtsextremen damals noch existenten *Instituts für Staatspolitik* aus Schnellroda statt.¹⁴⁹ Ein gemeinsames Foto zeigte sie dann, die Blauen aus Deutschland und den Blauen aus Österreich:

Komning, Kramer und Strache. Wien, Anfang 2019.¹⁵⁰ Arm in Arm, während draußen auf den Straßen Menschen wie jedes Jahr gegen den umstrittenen rechten „Akademikerball“ laut demonstrierten. „Offiziell ist es der Ball der Wiener FPÖ, ‚de facto‘ ist es der Ball der völkischen Verbindungen, der Burschenschaften mit ‚deutschnationaler Grundlage‘“, erklärt Bernhard Weidinger vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)* im Interview mit dem Sender *PULS 24*. Weidinger sagt, diese Verbindungen würden Österreich als „deutsches Land“ ansehen, würden meinen, dass die Mehrheitsbevölkerung dem „deutschen Volk“ angehöre.¹⁵¹

— Der Wahn des Völkischen

Nationalsozialismus und heutiger Rechtsextremismus sind ohne die historische politische Vorarbeit völkischer Netzwerke wie nationalistischer Bünde, Gilden, Burschen- oder Landsmannschaften aus den 1920er Jahren schwer denkbar. Nationalismus, Antisemitismus, straffe Hierarchien und getrenntgeschlechtliche Aktivitäten waren der Kit zwischen rechts-bündischer und burschenschaftlicher Entwicklung, die immer eng miteinander verwoben ablief und in einer heterogenen Oppositionsbewegung gegen die moderne Demokratie mündete.¹⁵² Viele der im Verborgenen agierenden Strukturen überlebten den Nationalsozialismus. Völkische Siedler*innen gründeten auf „deutscher Scholle“ Rückzugsorte, Inseln des Deutschtums. Bereits vor der Gründung der *AfD* 2013 in Oberursel waren viele Parteimitglieder in nationalistischen Gruppierungen aktiv, die wenig unter dem Radar der Verfassungsschutzbehörden liefen und die ihnen bis heute neben der Parteiarbeit eine politische Heimat bieten. Deutschnationale Burschenschafter verstehen sich ebenso wie Rechtsbündische oder Völkische als Angehörige eines jeweiligen „Lebensbundes“, dem sie oft schon als junge Menschen Treue geschworen haben.¹⁵³

— Der völkische „Remigrations“-Netzwerker

Die Völkischen und Rechtsbündischen agieren gerne aus dem Hintergrund. Der Düsseldorfer Zahnarzt Gernot Mörig war Initiator des von *correctiv* enthüllten „Remigrations“-Treffens in Potsdam. Szeneintern ist er kein Unbekannter, er organisiert seit den 1980er Jahren einschlägige Vortragsveranstaltungen. Mörigs Düsseldorfer Forum tagte vor dem Potsdam-Treffen mindestens sechs Mal. ThinkTanks im gemütlichen Ambiente sind ein altes Geschäft für Gernot Mörig. Bereits 2011 organisierte er politische „Kaminrunden“ in seiner Villa im noblen Düsseldorfer Stadtteil Niederkassel nahe des Rheins. Damals betrug der Einlass 500 Euro.¹⁵⁴ Mörig greift bei seinen Netzwerken auf Kontakte aus seiner völkischen Vita zurück. Er war von 1977 bis 1980 Bundesführer des *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)*, aus dem der *Freibund* hervorging, das belegen Vereinsregisterakten. Der *BHJ* steckte tief im braunen Sumpf und organisierte unter anderem „Fahrten“ für Kinder und Jugendliche. Die Aktivitäten des *Freibund* werden bis heute nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Dabei sind es rechtsextreme junge Angehörige der *Identitären Bewegung*, die dort inzwischen die Freizeiten organisieren.¹⁵⁵

Die Kontakte zur *AfD* sind ebenso eng. 2018 feierte die niedersächsische *Junge Alternative Weser-Ems* im sogenannten *Haus Freiburg* in Burgdorf-Berel sein volkstümliches Sommerfest, wie Fotos belegen. Der Betreiber des *Freibund*-Geländes, aktives *AfD*-Mitglied seit dem 1. August 2016, spendete seiner Partei 5.063 Euro, wie aus in-

ternen Partei-Unterlagen hervorgeht. Aus einer vorliegenden Einladung geht zudem hervor, dass Mörig 1985 und 1986 das *Norddeutsche Forum* in Lüneburg leitete und dort eine „kulturpolitische Veranstaltung“ u.a. mit Alain de Benoist, einem der führenden Köpfe der sogenannten Neuen Rechten in Frankreich, dem rechtsextremen Verleger Dietmar Munier und dem ehemaligen Vorsitzenden der Partei *Die Republikaner* Dr. Rolf Schlierer organisierte.¹⁵⁶

Die Bezeichnung „einer von uns“ kennzeichnet das elitäre Selbstverständnis bündischen Lebens. Tausende Mitglieder sind heute an Schaltstellen der Republik zu finden. So war Uwe Jäschke bis 2021 Professor für thematische Kartographie und Geographie in Dresden. Doch ebenso wie Mörig amtierte auch Jäschke in der Vergangenheit als Bundesführer der *BHJ*.¹⁵⁷ Jäschke gehört auch dem Vorstand der *Frankfurter Tafelrunde* an.¹⁵⁸ *AfD*-Mitglieder sind in diesem exklusiven Club ebenso gern gesehene Gäste wie beim *Düsseldorfer Forum*. Die Tafelrunde wurde schon 1953 gegründet. 2016 nahm Björn Höcke an deren exklusiven Zusammenkünften teil. Die *Frankfurter Tafelrunde* hatte auch Andreas Lichert von der hessischen *AfD*, Hans-Georg Maaßen, Frank Grobe von der Commerzbank und den *Die Heimat*-Vorsitzenden Frank Franz zu Gast.¹⁵⁹

CHEMNITZ UND DIE GEWALT DER STRASSE

„Wir sind Bunt bis das Blut spritzt“ (sic!) stand auf dem Transparent. Bullige, glatzköpfige Männer hielten es bei den rassistischen Protesten 2018 in Chemnitz in die Kameras. Am Rande eines Stadtfestes war zuvor der Deutsch-Kubaner Daniel H. erstochen worden. Zwei Migranten galten als tatverdächtig.¹⁶⁰ Die damalige rechtsextreme Bürgerbewegung *Pro Chemnitz* von Martin Kohlmann griff den polizeilichen Ermittlungen vor und konstruierte ein Bedrohungsszenario gegen weiße Deutsche. Rasant verbreitete sich rechte Empörung über unzählige Social-Media-Kanäle gegen die „importierte Gewalt“. Vier Jahre zuvor wollten schon gewaltbereite „Hooligans“ die Republik vor der Bedrohung durch „Salafisten“ retten. Die *Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa)* randalierten in Köln und griffen die Polizei an. Die Empörung in Chemnitz nutzte die radikale innerparteiliche Strömung *Der Flügel* um Björn Höcke und kündigte einen Protestzug für den 1. September 2018 an. Tage zuvor hetzte ein Mob Menschen durch Chemnitzer Straßen, die nicht in deren Weltbild passten. Ein jüdisches Restaurant wurde angegriffen und Gegendemonstranten verprügelt. Der noch amtierende Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen relativierte die rechte Gefahr im Bild-Interview, indem er die Authentizität eines Hetzjagd-Videos anzweifelte. Auch der damalige *AfD*-Bundesvorsitzende Alexander Gauland spielte die Krawalle herunter: „Wenn eine solche Tötungstat passiert, ist es normal, dass Menschen ausrasten.“¹⁶¹ Frei nach dem Chemnitzer Straßenmotto: Eine Regierung, die das Grundrecht auf Asyl gewährt, ist schuld, „wenn das Blut spritzt“. Die rechtsextreme Initiative *Pro Chemnitz* hielt die Stimmung vor Ort tagelang am Kochen. Auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen von Chemnitz setzten sich Björn Höcke und *AfD*-Mitstreiter*innen aus den Parlamenten in schwarzen Traueranzügen an die Spitze eines Massenaufzuges, der den Ausschreitungen Legitimität verleihen sollte. Bereits vor der Aufstellung beschimpften Demonstrierende Passant*innen und griffen Journalist*innen an. Unter den tausenden von Teilnehmenden, die sich der *AfD* anschlossen, befand sich auch der Mann, der ein Jahr später den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ermorden sollte. Lübcke war ins rechte Visier geraten, weil er Geflüchtete 2015 bei einer Bürgerveranstaltung in Hessen willkommen geheißen hatte.

AfD und Freie Sachsen

Die Republik erschrak über die brutalen Bilder aus Chemnitz, die unverhohlene Verrohung aufgebrachter Bürger*innen und Neonazis. Auch die Fotos mit dem Blut-Banner gingen tagelang viral. Einer der Träger zeigte den Hitlergruß, ein anderer von damals ist heute Lokalpolitiker der *AfD* in Chemnitz. Aus dem Aggressor wurde sechs Jahre später einer mit Ordnerbinde, der beim pro-russischen „Friedensfest“ in Dresden 2024 mit den *AfD*-Politikern Timo Chrupalla und Maximilian Kraß für Sicherheit sorgte. *Pro Chemnitz*-Wortführer Martin Kohlmann baute die Initiative zur rechtsextremen Partei *Freie Sachsen* aus, deren Telegramkanal 2024 über 140.000 Abonnent*innen folgen. In einer Online-Diskussion sagte Kohlmann, die *Freien Sachsen* seien der „Pflock“ für die *AfD*. Die solle davon abgehalten werden, mit der *CDU* zu koalieren. Er strebe eine gemeinsame Mehrheit an.¹⁶² Der Soziologe Johannes Kiess vom Leipziger *Else-Frenkel-Brunswik-Institut* schlussfolgerte gegenüber der *Tagesschau*, die *Freien Sachsen* wollen die *AfD* „auf einen extrem rechten Anti-System-Kurs bis zum Umsturz halten beziehungsweise bringen.“ Intern hatte die Bundesgeschäftsstelle der *AfD*, „Stabsbe-

reich Grundsatz, Strategie & Programmatik“ bereits 2022 ein 17-seitiges Gutachten zu den *Freien Sachsen* zusammengestellt. Auf Seite neun schrieben sie: „Aufgrund ihrer militanten Bürgerkriegsrhetorik“ könnten die *Freien Sachsen* kein Partner der *AfD* sein. Sie würden sich dennoch bemühen, „die *AfD* als Teil einer gemeinsamen ‚patriotischen Bewegung‘“ darzustellen. Die Partei sei angeraten, so das Fazit des Dossiers, einen „sichtbaren Sicherheitsabstand“ zu wahren. Doch Papier ist nur Papier.

2018 waren zehn Prozent der *AfD*-Abgeordneten kriminell auffällig.¹⁶³ Andere Parteien kamen nicht einmal auf die Hälfte dieser Quote. Es gab Fälle, in denen gewählte *AfD*-Politiker*innen Menschen in den Bauch traten, Ersthelfer*innen mit Reizgas besprühten, Demonstrant*innen mit dem Auto anfahren, Waffen mit sich führten, zum gewaltsamen Umsturz der Bundesregierung aufriefen oder Frauen einen „Hatefuck“ androhten, also gewaltvolle sexuelle Handlungen. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer spricht von „rechten Bedrohungsallianzen“, die durch das gezielte Zusammenwirken verschiedener politischer Spektren aus rechtskonservativen bis hin zu neonazistischen Gruppen entstehen.¹⁶⁴ „Das muss nicht durch personelle Netzwerke geschehen, sondern funktioniert vor allem über die Verbreitung einzelner Teilbereiche rechter Denkmotive – wie Rassismus oder Frauenfeindlichkeit“¹⁶⁵, ergänzt Autor Daniel Keil. Die latente Bedrohung durch solche Allianzen wird zwangsläufig unterschätzt, weil sie nicht in die von Polizei und Verfassungsschutz verbreitete gängige Extremismus-Theorie passt. Wenige Wochen vor den Ereignissen in Chemnitz hatte der Thüringer *AfD*-Landeschef Höcke beim sogenannten *Kyffhäusertreffen* des völkischen Flügels aufgerufen: „Wir brauchen den engen Kontakt zu den uns nahestehenden Bürgerbewegungen, Pegida beispielsweise, und wir brauchen die *AfD* auf der Straße nötiger denn je.“ Eine „feste Wehr“ wolle man bilden: „Schulter an Schulter, Mann für Mann unüberwindbar.“¹⁶⁶ Diese Mischszenen werden allerdings von den Sicherheitsstrukturen oft erst spät wahrgenommen.

— Auf den Gräbern tanzen

In Chemnitz wurde auf der Straße durch die über tausend Demonstrant*innen die latente Gewalt sichtbar, Grenzen und Hemmungen waren verschwunden. Fakten und Klarstellungen interessieren die *AfD* nicht – die Emotionalisierung trieben sie bis zum Hass voran. Parteifreund Götz Kubitschek erklärt das Vorgehen: „Was auf vielen Kanälen laut behauptet werden kann, ist in der Welt.“ Rechtsextremismusexperte Michael Kraske warnt in seinem Buch „Tatworte“¹⁶⁷ vor der Kampfrhetorik der *AfD*. Alexander Gaulands Schlachtruf „Wir werden sie jagen!“ gegen die Regierung 2017 war kein emotionaler Ausrutscher. Die *AfD* will radikal sein. Sie nutzt die „gefährliche Diskrepanz zwischen der Wirkung radikaler Worte und einer großzügigen Vergesslichkeit der Gesellschaft“¹⁶⁸ schamlos aus. Skandalös auch eine Beleidigung des ehemaligen *AfD*-Vorsitzenden Gauland, als er sich bei einer Rede im thüringischen Eichsfeld über den türkischen Namen der (in Hamburg geborenen) Integrationsbeauftragten Aydan Özoğuz belustigte und forderte: „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“¹⁶⁹ Die Höcke-Vertraute und Bundestagsabgeordnete Christina Baum postete eine Bildmontage bei Facebook, welche die heutige stellvertretende Bundestagspräsidentin, Aydan Özoğuz, auf einem Esel gen Anatolien reitend zeigt. Menschenverachtende Politik, die auch Andreas Kalbitz als Brandenburger Landeschef der *AfD* 2017 betrieb. Er hetzte in einer Rede beim *Kyffhäusertreffen*, die 1968er-Bewegung gehöre auf die „politische

Sondermülldeponie der Geschichte“ und setzte betonend nach: „Und wir werden auf den Gräbern tanzen.“¹⁷⁰ Trotz Parteiausschluss trat er beim „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 2024 mit dem **AfD**-Bundestagsabgeordneten Steffen Janich in Zwickau auf.¹⁷¹

Höcke baute nach Chemnitz weitere Allianzen mit auf. Im Oktober 2022 trat er vor rund 10.000 Demonstrant*innen in Gera zum Tag der Deutschen Einheit auf die Bühne. An den Veranstaltenden von **Aufbruch Gera** um den Rechtsextremisten Christian Klar störte er sich nicht. Klar, nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen **RAF**-Terroristen, verbüßte bereits eine Haftstrafe. Ihm werden in einem weiteren Verfahren Diebstahl und Hehlerei vorgeworfen.¹⁷² In rund 20 Fällen wird u.a. wegen Volksverhetzung gegen ihn ermittelt.¹⁷³ Bereits 1999 marschierte er bei einer Demonstration des militanten **Thüringer Heimatschutz (THS)** mit, aus deren Reihen die Terrorgruppe **Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)** hervorging. Laut **MDR** sprach Klar bei der Gründungsveranstaltung von **Aufbruch Gera** in einer Rede von „Kanackenkindern“ und dem „restlichen Schmutz“, der „einfach hier zu verschwinden“ hat.¹⁷⁴ 2024 hetzte der Thüringer Aktivist: „Leider wird es mit Montagsprotesten nicht geregelt sein. Diese Regierung wird nicht von alleine zurücktreten. Die sitzen am Futtertrog und eine Sau verlässt den Trog nie von allein. Erst wenn sie auf die Schlachtbank geht!“¹⁷⁵ Entlarvende Worte eines mutmaßlichen **AfD**-Bündnispartners.

7. KAPITEL

DIE AfD, DIENERIN

AUSLÄNDISCHER HERREN?

Gute Beziehungen zu Russland zu pflegen, gehört für den Ehrenvorsitzenden der *AfD*, Alexander Gauland, „zur deutsch-preußischen Tradition“.¹⁷⁶ Die *AfD* erhält diese Tradition auch nach dem Beginn des Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine aufrecht. Als 2024 ein Antrag mit dem Titel „Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland“ im Bundestag eingereicht wurde, war erkennbar, dass die *AfD* sich damit zum Fürsprecher des Aggressors macht und vor allem ein Ende der Sanktionen gegen Wladimir Putins Reich fordert. Beim Bundesparteitag der *AfD* in Essen im Juni 2024 erzielte Parteivorsitzende Alice Weidel den stärksten Beifall der über 500 Delegierten mit dem Satz: „Die Ukraine gehört nicht zur EU und nicht zu Europa.“¹⁷⁷ „Das ist eine politische Ansage“, urteilt Parteibeobachter Volker Finthammer am 30. Juni 2024 beim *Deutschlandfunk*. Die *AfD* wolle Putin die Ukraine „gerne feilbieten. Billiges Gas aus Russland scheint ihr wichtiger zu sein, als der Freiheitswille der Menschen in der Ukraine“.¹⁷⁸

Russische Großmachtfantasien

Bereits 2023 ging Gauland zweigleisig mit einem „Thesenpapier zur Außenpolitik“ vor, als er für ein stärkeres außenpolitisches Selbstbewusstsein Deutschlands votierte und er der Parteibasis eine prorussische Linie vorgab. „Wir Deutschen vergessen manchmal, dass Russland an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte positiv Pate gestanden und Preußen vor dem Untergang bewahrt hat.“¹⁷⁹ Die Bismarck'sche Reichseinigung und die deutsche Wiedervereinigung seien ohne Zutun Russlands bzw. der Sowjetunion nicht denkbar gewesen. Anlässlich der russischen Annexion der Krim räumte Gauland 2014 ein, dass es sich dabei um einen „völkerrechtswidrigen Akt“ handele. Doch Putin habe sich, so Gauland, „auf eine alte russische, zaristische Tradition besonnen: das Einsammeln russischer Erde“.¹⁸⁰ Kiew könne der Moskauer Regierung als „Kernzelle des russischen Reiches“ ebenso wenig gleichgültig sein wie Sewastopol.¹⁸¹ Die Loslösung „des heiligen Kiews“ von Russland sei vergleichbar mit der Abtrennung Aachens oder Kölns von Deutschland¹⁸², so Gauland. „Apologeten der Annexion“ nannte der Historiker Heinrich August Winkler in einem *Spiegel*-Essay 2014 die Russland-Freunde um Gauland.¹⁸³ Winkler erinnerte an die historischen Zusammenhänge enger deutscher Russland-Politik, die in der Weimarer Politik nicht zufällig von rechten Politikern, Militärs und Intellektuellen vorangetrieben wurde. 1925 sah Hitlers späterer Propagandaminister Joseph Goebbels in einem vom vermeintlich jüdischen Internationalismus befreiten Russlands, „den uns von Natur gegeben Bundesgenossen gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens“.¹⁸⁴

Putins Pläne eines eurasischen Imperialismus werden von der *AfD* wohlwollend aufgenommen. Daraus ergibt sich die Frage, ob einflussreiche *AfD*-Politiker*innen das Existenzrecht der Ukraine als demokratischer und freier Staat in Abrede stellen? Der *AfD*-Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider reiste im September 2022 mit zwei anderen Landtagsabgeordneten der *AfD* nach Russland und plante auch die russisch besetzten Gebiete der Ukraine im Donbass zu besuchen. 2024 wurde dann bekannt, dass Tillschneider seit über einem Jahr als Kolumnist für

die linientreue Moskauer Zeitung *Wedomosti* positiv über den Angriffskrieg berichtete.¹⁸⁵ So prophezeite er Ende 2023, die Ukraine werde durch den Krieg „friedlicher“ werden. „Russland wird leise, systematisch und Stück für Stück Gebiete übernehmen, die es als sein Eigentum betrachtet“, schrieb Tillschneider. „Zu Recht“ werde die Weltgemeinschaft das dann als Erfolg für Russland und als Niederlage für die USA werten. Die westlichen Länder seien „in jeder Hinsicht im Niedergang begriffen“.¹⁸⁶

Der Machthaber im Kreml kann sich auf die deutschen Rechtsextremist*innen verlassen. Sie wollen gemeinsam ein destabilisiertes Europa. Es gibt kaum einen *AfD*-Auftritt vor größeren Mengen, bei der nicht prorussische Aussagen vom Podium erfolgen und weiß-blau-rote Flaggen vom Publikum getragen werden. Solidarität für die Ukraine gibt es durchaus, sie spielt parteiintern aber eine marginale Rolle.¹⁸⁷ Mehr als 100 Reisen zwischen 2015 und 2020 führten *AfD*-Politiker*innen nach Russland, auch in umkämpfte Gebiete der Ostukraine, auf die Krim, in den Kaukasus und nach Belarus.¹⁸⁸ Der Berliner *AfD*-Abgeordnete Gunnar Lindemann besuchte 2018 gleich zweimal die selbsternannte „Volksrepublik Donezk“, die schon damals unter indirekter Kontrolle Moskaus stand. Auf Kosten des russischen Parlaments reiste der *AfD*-Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme 2018 als angeblicher „Wahlbeobachter“ auf die von Russland annektierte Krim.¹⁸⁹ Sieben weitere Bundestagsabgeordnete ließen sich in dem Jahr nach Russland einladen, wer den Aufenthalt bezahlte ist nicht abschließend geklärt.¹⁹⁰ Der Ausbruch des Krieges hinderte die *AfD* nicht an ihren Reisebewegungen gen Osten. Zur Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2024 waren in Moskau *AfD*-Bundestagsabgeordnete eingeladen. Der Bundesvorstand der Partei tat empört.¹⁹¹ Beim Parteitag in Essen 2024 scheiterte bezeichnenderweise ein Antrag, sich mit strengeren Regeln für Auslandsreisen zu beschäftigen.¹⁹² Die systematische Hinwendung der *AfD* nach Russland wird auch in Programmen, Anträgen und Bundestagsreden sowie sonstigen Äußerungen deutlich. Ein starker Herrscher in einem von Traditionen geprägten Riesenreich imponiert den Rechten. Damit ist die *AfD* auf europäischer Ebene nicht alleine. Auch Marine Le Pen unterstützte ihren *Front National* (heute: *Rassemblement National*) schon 2014 mit einem Millionenkredit russischer Banken.¹⁹³ Italiens heutiger stellvertretender Ministerpräsident Matteo Salvini posierte 2017 auf dem Roten Platz im T-Shirt mit Putin-Konterfei. Die österreichische *FPÖ* unter Heinz-Christian Strache beschloss 2018 ein Arbeitsabkommen mit *Einiges Russland*. Straches damalige Außenministerin Karin Kneissl lud Putin nicht nur 2018 zu ihrer Hochzeit ein, sondern zollte ihm mit einem Knicks Respekt.¹⁹⁴ Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán reiste nach Antritt seiner Ratspräsidentschaft im Sommer 2024 unabgesprochen nach Moskau und brüskierte damit bewusst die *Europäische Union*, die Sanktionen gegen Russland verhängt hat. Unmittelbar auf das angebliche „Friedensgespräch“ folgte die russische Bombardierung einer Kinderklinik mit Krebsstation mit mindestens zwei Todesopfern und 50 Verletzten.¹⁹⁵

Journalistische Recherchen enthüllen die Rolle Putins als Marionettenspieler europäischer Antidemokrat*innen. Der *Spiegel* fand mit Berufung auf einen nicht genannten westlichen Geheimdienst heraus, dass sich die russische Regierung bei einem „Strategietreffen“ 2022 ausführlich mit der *AfD* befasste. Regierungsvertreter*innen in Moskau sollen demnach ein Konzept für die *AfD* „entwickelt“ haben.¹⁹⁶ Ziel sei es gewesen, „ihre Umfragewerte zu steigern und bei Wahlen auf allen Ebenen eine Mehrheit zu erreichen.“ Wenig später, Anfang Oktober, zitierte der Thüringer *AfD*-Chef Höcke bei einer Rede in Gera aus diesem russischen „Manifest“.¹⁹⁷

— AfD und Rüstungslobby

Die *AfD* ist eine Partei, der es um bewaffnete Stärke geht. Der Wehrwille deutscher Männer solle gestärkt werden, „Ausländern“ aber bliebe „der Dienst in der Bundeswehr verwehrt“, heißt es in „Streitkraft Bundeswehr“, einer Schrift des „Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion“. Alle *AfD*-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss des Bundestags haben eine mehrjährige Bundeswehrvergangenheit. Viele verfügen über enge Verbindungen zur Rüstungsindustrie: Hans-Rüdiger Lucassen etwa leitete selbst ein Rüstungsunternehmen und war 34 Jahre lang Berufsoffizier und Referent bei der *NATO*.¹⁹⁸ Gerold Otten führte 20 Jahre lang als Verkaufsdirektor die Geschäfte für den Eurofighter bei *Airbus Defence and Space*. „Putins Krieg weckt Deutschland aus dem Schlaf des naiven Pazifismus“, frohlockte der verteidigungspolitische Sprecher der *AfD*-Bundestagsfraktion Lucassen in einer Presseerklärung am 28. Februar 2022, wenige Tage nach Kriegsbeginn. Er forderte in Deutschland die Wehrpflicht zu reaktivieren. Lucassens Landesverband der *AfD* in Nordrhein-Westfalen gilt als Hochburg der Transatlantiker*innen, also derer, die dem Westen zugewandt sind. Den Russland-Fans in der Partei sind Lucassen und „sein NATO-Anhang“¹⁹⁹ längst ein Dorn im Auge. Sie positionieren sich im Arbeitskreis „AK Außen“, der von dem unter Bestechungsvorwürfen stehenden Petr Bystron geleitet wird.

— Völkische Motivation

„Deutschland ist nicht souverän“, sagte Björn Höcke zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine 2023 vor rund 800 Zuhörenden in Dresden, es sei „teilbesetzt“, ein „fremdbestimmtes Land“.²⁰⁰ Höcke bedient sich einer unwahren, aber weitverbreiteten Behauptung sogenannter Reichsbürger*innen. Denn die Bundesrepublik hat am 3. Oktober 1990 auf Basis des *Zwei-plus-Vier-Vertrags* mit der Wiedervereinigung auch die volle Souveränität wiedererlangt. In Dresden stammen Organisator*innen und Publikum der Veranstaltung, auf der Höcke sprach, aus *Pegida* und *Freien Sachsen*-Zusammenhängen. Allzu viele von ihnen sehen in den USA immer noch die „alliierte“ Besatzungsmacht nach 1945, verantwortlich für eine erzwungene „Umerziehung“. In diesem Denken verheißt die Tendenz gen Russland die Befreiung aus einer unfreiwilligen amerikanischen Knechtschaft. Einer der russischen Vordenker führte schon 2013 aus, wer der gemeinsame Feind sei: Der „Liberalismus muss besiegt und vernichtet, das Individuum von seinem Pedestal (Sockel) herabgeholt werden“²⁰¹, schrieb Alexander Dugin 2013 in „Die vierte politische Theorie.“ Einer der zentralen Gedanken des Moskauer Philosophen ist, Demokratie und Menschenrechte zugunsten einer „ethnopluralistischen“, multipolaren Welt zu überwinden. Dugin, der ein gern gesehener Ansprechpartner für deutsche Rechtsextremist*innen ist, entwarf die „neo-eurasische Idee“. „Eurasisch steht im Gegensatz zu transatlantisch und will eine geopolitische Ordnung, in der Europa zu einem Staatenblock gehört, der von Putin-Russland angeführt und von diesem dominiert wird“²⁰², warnen die Journalist*innen Sebastian Pittelkow und Katja Riedel.

In Sankt Petersburg traf Dugin 2015 Markus-Cornel Frohnmaier.²⁰³ Der *AfD*-Bundestagsabgeordnete Frohnmaier wurde 1991 in Rumänien geboren und gilt als Gefolgsmann Höckes. Er hat sich einen Lorbeerkrantz – das Erkennungszeichen rechter Waffenlobbyisten rund um die *German Defence League* – auf die Brust tätowieren lassen. Nur einmal will er allerdings bei einem Treffen der Waffenliebhaber*innen dabei gewesen sein.²⁰⁴ Als Fachreferent für den Bundestagsabgeordneten war einer der

mutmaßlich wichtigsten Mittelsmänner zwischen *AfD* und Russland tätig: Manuel Ochsenreiter. Der frühere Chefredakteur der *Zuerst*²⁰⁵, dessen antisemitisches Buch „Die Macht der zionistischen Lobby in Deutschland“ vom Iran verlegt wurde, galt als Protagonist russischer Propaganda.²⁰⁶ 2019 sah sich Frohnmaier gezwungen Ochsenreiter nach vier Monaten zu kündigen. Die Bundesanwaltschaft ermittelte gegen den Journalisten wegen des Verdachtes auf Terrorismusfinanzierung in Tateinheit mit Anstiftung zur Brandstiftung in der ukrainischen Stadt Uschhorod auf das Gebäude eines Kulturvereines einer dort lebenden ungarischen Minderheit.²⁰⁷ 2021 starb Ochsenreiter überraschend in Moskau an Herzversagen.²⁰⁸

— Russlanddeutsche für Putin und AfD

Rund 2,5 Millionen Russlanddeutsche, auch Spätaussiedler genannt, leben in der Bundesrepublik. Ihre Community stellt die größte Minderheit mit Stimmrecht dar. Die Mehrheit wählte lange die *Unions*-Parteien, aber auch *Die Linke* bekam von russlanddeutschen Wähler*innen deutlich mehr Stimmen als die *AfD*. Eine Studie der Universität Duisburg zeigte jedoch, dass sich das Wahlverhalten wegen der Unzufriedenheit mit Angela Merkels Flüchtlingspolitik bei Jüngeren wandelt.²⁰⁹ Die *AfD* sah diesen Trend und öffnete sich gezielt für Menschen, die viel mit Russland verbindet. 2017 entstand das *Koordinierungszentrum der Russlanddeutschen – Für die deutsche Heimat!* unter Leitung von Heinrich Groth.²¹⁰ Bei der Gründung des Zentrums warnte Groth vor der „totalen Unterjochung der BRD durch die USA.“ Das neue Zentrum solle „der AfD den Rücken stärken, indem sie die Russlanddeutschen-Heimkehrer, Aussiedler und Spätaussiedler in ihrem Sinne mobilisiert.“²¹¹ Mit dabei waren die *AfD*-Politiker Armin Paul Hampel, Waldemar Herdt und Eugen Schmidt, damals Sprecher des Netzwerkes *Russlanddeutsche für die AfD NRW*. Groth war bei dem ehemaligen *AfD*-Bundestagsabgeordneten Herdt als Mitarbeiter tätig. „Als Urvater der Russlanddeutschen Bewegung“ sei Groth „eine sehr wichtige Person“, hieß es aus dem Büro von Herdt.²¹² Die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes beschuldigte Groth 2018 als Propagandist für Russland tätig zu sein.²¹³ Er soll bereits zu Sowjetzeiten in Kontakt mit dem *KGB* gekommen sein. Er hatte aber auch Kontakte in die Szene von Revisionist*innen und NS-Fans.²¹⁴ Herdt, selbst Russlanddeutscher und bis 2021 Bundestagsabgeordneter, galt lange als einer der Strippenzieher außenpolitischer Partei-Politik.²¹⁵ 2021 verließ er die *AfD*. Inzwischen stellt er sich direkt in den Dienst für Russland und Putin.²¹⁶

WAS WÄRE, WENN? – DIE AFD WIRD

DIE DEMOKRATIE MIT DEMOKRATISCHEN

MITTELN DEMONTIEREN

Keine üblichen Floskeln, keine allgemeinen Sätze. In Aachen mahnte Armin Laschet dennoch äußerst dringlich vor dem Rechtstrend. Vor 20.000 Demonstrierenden sprach der *CDU*-Politiker gegen diese Entwicklung in der Bundesrepublik. In anderen Städten waren am ersten Februar-Wochenende noch weit mehr Menschen wegen der befürchteten Wahlerfolge der *AfD* auf den Straßen. In der nordrhein-westfälischen Grenzstadt zu den Niederlanden und Belgien sind so viele Menschen ein großer Erfolg. Statistisch gesehen war jede*r Fünfte auf der Straße. Leise führte der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen aus, nachdem er an die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Aachen zur Vernichtung nach Auschwitz erinnert hatte, dass immer noch manche meinen, man solle nicht übertreiben: die *AfD* sei „doch keine NSDAP“. Der ehemalige *CDU*-Vorsitzende wurde noch deutlicher: „Ja, man kann 1933 nicht mit heute vergleichen, natürlich nicht, das kann man nicht, aber man kann zusammenstehen.“ Und er warnte: „Man kann sagen, naja so schlimm wird das schon nicht werden. So haben die Leute 1933 auch gedacht. Bei der Reichstagswahl, der letzten im November 1932 hatten die Nazis zwei Millionen Stimmen verloren, sie hatten nur noch 33 Prozent. (...) Und dann wurde Hitler zum Reichskanzler erwählt und dann haben manche gesagt, na wir ernennen den jetzt mal. In zwei Monaten wird er quietschen, dann hat er sich entlarvt, der wird keinen Erfolg haben. Und er hatte nur zwei Minister (...). Alle anderen waren noch aus demokratischen Parteien. Und wissen Sie, was in den zwei Monaten bis zu dem Zeitpunkt, wo er quietschen sollte, passiert ist? 30. Januar: seine Ernennung, 1. Februar: Auflösung des Reichstags, 3. Februar: Hitler sagt, er will rücksichtslos germanisieren und Lebensraum im Osten gewinnen, 4. Februar: Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, 22. Februar: SA und SS werden zu Hilfspolizei ernannt, 27. Februar: der Reichstag brennt, 5. März: wieder eine Wahl, wieder keine absolute Mehrheit für die Nazis, 11. März: Goebbels Propagandaminister, 22. März: Errichtung des Konzentrationslagers Dachau, 23. März: Ermächtigungsgesetz, Ende der Demokratie in Deutschland.“ Nach dieser Auflistung fasste Laschet zusammen: „In zwei Monaten war alles zerstört und deshalb dürfen Antidemokraten in keine staatliche Funktion kommen. Sie werden sie nutzen, um die Demokratie zu beseitigen.“²¹⁷

Historische Vergleiche sind stets schwierig. Nicht alleine die gesellschaftlichen Bedingungen sind unterschiedlich, sondern auch die kommunikativen Mittel. Die heutige Gesellschaft unterscheidet sich stark von der damaligen Gesellschaft – auch wegen der historischen Erfahrungen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Doch Erinnern und Warnen ist dringend geboten und gefordert. Laschet griff zudem auf, was *NS*-Propagandaminister Josef Goebbels selbst schrieb: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns aus dem Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“ Im *Völkischen Beobachter* schrieb Goebbels am 20. Mai 1928 auch: „Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“²¹⁸ Eine antidemo-

kratische Kampfansage, die in ihrer apokalyptischen Ernsthaftigkeit gerade im konservativen Milieu der Weimarer Republik nicht als solche wahrgenommen wurde. Laschet sprach es aus, als er sagte, dass jene Politiker, die Hitler zum Reichspräsidenten ernannten, erwartet hatten, dass er „quietschen“, also scheitern würde.

Die historische Erfahrung mahnt, die gegenwärtigen Entwicklungen nicht bloß zu beobachten. Vorbereitungen für die möglichen Auswirkungen von Wahlerfolgen der **AfD** müssen überlegt werden. „Wir werden einen langen Weg des Aufräumens und des Neuaufbauens gehen“, sagte Björn Höcke zum Ende seiner Rede beim **AfD**-Landesparteitag in Pfiffelbach am 17. November 2023. Und er verkündete einen Plan, wie das Deutschland seiner Vorstellung aussehen soll. Klimaschutz wird es dann im Freistaat von Regierungsseite nicht mehr geben, jedes „Klimagedöns, das auf landesgesetzlichen Regelungen fußt“, werde abgeräumt. Medienstaatsverträge, die ihm missfallen, werden gekündigt. Und: „Wir werden den Kampf gegen Rechts einstellen.“²¹⁹

— Das Thüringen-Projekt

„Was wäre, wenn?“, fragte das Team von Maximilian Steinbeis und Friedrich Zillessen des Fachportals *Verfassungsblog.de*. Schon 2023 starteten Steinbeis und Zillessen das *Thüringen-Projekt*. Sie spielten durch, welche Möglichkeiten eine „autoritär-populistische Partei“ in der Demokratie hätte, wenn sie parlamentarische und staatliche Ämter gewinnen könnte. Im öffentlichen Bewusstsein ist das Amt des Parlamentspräsidenten oder der Parlamentspräsidentin in Deutschland bisher politisch nicht sehr profiliert. Doch ein*e **AfD**-ler*in als Landtagspräsident*in könnte dem Parlament schon die Arbeitsaufnahme erschweren. Normalerweise ist es Aufgabe des oder der Präsident*in, die Interessen des Parlaments zu repräsentieren, also nicht die der eigenen Partei. Er oder sie hat Sorge zu tragen, dass die parlamentarische Arbeit möglichst reibungslos funktioniert. „Sich darauf auch über wechselnde Mehrheitsverhältnisse hinweg stabil verlassen zu können, daran haben im Prinzip alle Parteien das gleiche Interesse“, heißt es im *Thüringen-Projekt*. Doch dann wird in der Studie auf die Fallstricke hingewiesen: „Das Recht, jemanden für dieses Amt zu nominieren, gebührt nach guter parlamentarischer Tradition und nach der Geschäftsordnung des Landtags der stärksten Fraktion.“²²⁰

In diese Machtposition könnte die **AfD** nach den Landtagswahlen im September 2024 sowohl in Thüringen als auch in Sachsen und Brandenburg eventuell kommen. Vorgeschlagen heißt zwar noch nicht gewählt, doch der oder die Landtagspräsident*in braucht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und niemand kann die Abgeordneten zwingen, zu wählen, wer ihnen vorgesetzt wird. Der Druck wäre allerdings hoch, sodass diese Wahl aus Sicht der **AfD** gelingen könnte. „Erst wenn er einen Präsident*in hat, ist der Landtag konstituiert und kann mit seiner Arbeit beginnen, kann die Regierungschef*in gewählt werden.“ Die Option „einen Wahlgang nach dem anderen scheitern zu lassen“, bedeutet auf Dauer jedoch einen „parlamentarischen Stillstand und Lähmung“, warnen die Autor*innen des *Thüringen-Projekts*. Die **AfD** könnte dann dieses Scheitern „für sich ausschlichten“.²²¹ Im typischen Opfer-Jargon würde sie eine fehlende demokratische Kultur und eine gescheiterte parlamentarische Praxis beklagen und eine Entscheidung einfordern. Eine PR-Aktion, die vor allem an die Anhängerschaft außerhalb des parlamentarischen Raums gerichtet sein könnte. Nach dem Motto: Das Establishment ist gegen uns und hindert uns an der Arbeit.

Auch der nächste mögliche Angriff auf die Demokratie kommt unauffällig daher. Er stellt sich durch massiven Personalaustausch dar. Sollte die **AfD** Regierungsverantwortung und damit Ministerposten übernehmen, könnte sie die Posten der untergeordneten politischen Beamt*innen neu besetzen. Dass Vertrauenspersonen der Regierung nach einem Regierungswechsel ersetzt werden, ist nicht unüblich. Allerdings könnten Antidemokrat*innen diese Macht missbrauchen. Marie Müller-Elmau und Hannah Beck vom **Thüringen-Projekt** legen dar, dass wenn ein*e Innenminister*in schärfer gegen bestimmte Aktivist*innengruppen oder gar (dann) oppositionelle Bündnisse vorgehen will, könnte er oder sie den Fokus auf das Amt des*der Polizeipräsident*in legen. Diese*r Innenminister*in wäre in der Lage, Personal oder Gelder in die entsprechende Abteilung zu verschieben. Diese Option bestünde ebenso in den Verfassungsschutzbehörden: „Dann werden eben keine Nazis mehr beobachtet, sondern verstärkt die Linken“, führte Beck aus. In den Plänen von Höcke steht die Abberufung des Verfassungsschutzpräsidenten ganz oben.²²²

Parallel zur Umrüstung des Parlamentes könnte ein Umbau des Justizapparates erfolgen. In Polen war zu beobachten, dass die damalige rechte PiS-Regierung zunächst das Rentenalter für Richter*innen senkte, um dann möglichst viele frei gewordenen Stellen aus den eigenen Reihen oder mit Sympathisant*innen zu besetzen.²²³ Die **PiS** (deutsch: „Recht und Gerechtigkeit“) wird politisch als „rechtsradikal“ und/oder „rechtspopulistisch“ verortet. Die Judikative bietet zu Recht einen großen Raum für Interpretationen. Diese Optionen kommen rechtsextremen Richter*innen oder Verwaltungsbeamt*innen entgegen. Detailliert betrachtet bestehen zudem Möglichkeiten, sich einerseits daran zu halten, Stellen öffentlich auszuschreiben, aber Ausschreibungen „lassen sich ja verändern, sodass präferierte Gruppen, vielleicht eigene Leute besser auf die Stellen passen“. Eine Landtagsverwaltung könnte so nach und nach problemlos auf Linie gebracht werden, sagt Beck.²²⁴ Die **AfD** lässt auch kaum Zweifel daran, dass sie Gleichstellungsbeauftragte als überflüssig erachtet.²²⁵

Der Kampf um die Bildung ist Teil des erklärten rechten Kulturkampfes. Eine 180-Grad-Wende in der Erinnerungs- und Gedenkkultur forderte Björn Höcke schon 2017. Das **ARD**-Nachrichtenmagazin **Panorama** veröffentlichte eine Rede Björn Höckes, in der er sich für die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck einsetzte und deren eklatante Verstöße gegen den Paragraph 130 des StGB („Volksverhetzung“) als „Meinungsdelikte“ relativierte.²²⁶ Der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Steffen Köttré bekundete 2004 seine Solidarität für den früheren RAF-Terroristen und späteren Holocaustleugner Horst Mahler.²²⁷ Um das Geschichtsbild nachhaltig zu verändern, könnte die **AfD** in Zukunft versuchen, die Budgets für Besuche von Schulklassen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten zu kürzen.

Ein weiterer Angriff auf die Demokratie ist durch parlamentarischen Machteinfluss auf die demokratische Kultur zu erwarten. Die finanzielle Förderung von Demokratie und Vielfalt bestärkenden Projekten bei Initiativen, Freiwilligen Feuerwehren, Theatern, Sportvereinen, Stadtteil- oder Gemeindeprojekten könnte gekürzt oder gestrichen werden. Insbesondere Projekte zu den Themen sexuelle Vielfalt und geschlechtliche Identität dürften dann Kürzungen treffen. Betroffen wären sehr wahrscheinlich auch Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Schon jetzt gehen **AfD**-Fraktionen in Landtagen wie Sachsen-Anhalt oder Thüringen mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie gegen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Projekte vor. Auch die vier wichtigsten Thüringer Beratungsstellen beim Thema Rechtsextremismus – **Mobit**, **Ezra**, **Drudel 11** und das **Violence Prevention Network**

– stünden vor dem Aus. „Höckes Pläne würden Stand heute die staatlich geförderte Arbeit gegen Rechts beenden“, sagt Romy Arnold von der *Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus (MobiT)*. Über Jahrzehnte entwickelte Konzepte und wirksame Netzwerke im Kampf gegen Rechtsextremismus würden zerschlagen werden.²²⁸ Diese Angriffe passieren, weil die von *Demokratie leben!* geförderten Projekte wichtige Demokratietarbeit vor Ort leisten. *Demokratie leben!* wird durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend* gefördert. Dazu gehört auch, auf die verfassungsfeindlichen Inhalte der *AfD* hinzuweisen.

Ein weiteres Szenario spielen Steinbeis und Jelena von Achenbach für die Wahl des oder der Ministerpräsident*in in Thüringen durch. Die Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Erfurt und der Gründer von *Verfassungsblog* zeigen auf, dass wenn im dritten Wahlgang der *AfD*-Vorsitzende Höcke kandidiere und sich *Linke* und *CDU* nicht geeinigt haben, eine*n gemeinsame*n Gegenkandidat*in aufzustellen, könnte der*die Landtagspräsident*in qua Amt feststellen, dass Höcke allein mit den Stimmen der *AfD* gewählt ist. Auf Sitzungsunterbrechungen, um diesen Ausgang noch abzuwenden, bräuchte nicht mehr gehofft werden. Denn, wenn die *AfD* den oder die Landtagspräsident*in stellt, dürfte er oder sie eine Unterbrechung ablehnen. In diesem Fall, so von Achenbach und Steinbeis am 1. Dezember 2023, würde „ein Nazi Ministerpräsident und steht an der Spitze der Exekutivgewalt des Freistaats Thüringen“.²²⁹ Kein mögliches Szenario? Am 5. Februar 2020 wurde der *FDP*-Landtagsabgeordnete Thomas Kemmerich mit Stimmen der *CDU*, *FDP* und *AfD* kurzzeitig Ministerpräsident des Freistaates. Ein ungeschicktes Verhalten von *CDU* und *FDP* und ein taktisches Abstimmungsverhalten der *AfD* führte zur Wahl. Erst durch den öffentlichen Druck und politisches Gegenwirken konnte die fatale Ministerpräsidentenwahl revidiert werden.

Das *Thüringen-Projekt* kann auch auf Sachsen und Brandenburg übertragen werden. Auf die Mehrheiten in den Parlamenten kommt es an und welche Bereitschaft zur Koalition besteht, die nicht nur als Regierungsbeteiligung gedacht werden sollte. Die politische Annahme, Hitler könnte kontrolliert werden, war der historische Fehler des Konservatismus. Steinbeis, Projektleiter von *Verfassungsblog*, fasst die Gefahr zusammen: „Das Entscheidende an autoritären Populisten, wie wir sie heute erleben, ist eben, dass sie (...) vorgehen (...) ohne die Verfassung oder die Gesetze offen zu brechen.“ Zillissen ergänzt: „Autoritäre Kräfte nutzen die Verfassung als ein Tool, das man für seine Machtausübung ge- und missbrauchen kann.“²³⁰

EPILOG

Mit jedem Wahlsieg der **AfD** verliert die Demokratie. Jede Anbiederung an ihre politischen Forderungen erschöpft das soziale Miteinander. Rechtsextreme Hetze destabilisiert die Gesellschaft. Die Demokratie steht spürbar unter Druck. „Es ist eine ziemlich gefährliche Situation“, warnt Gewalt- und Rechtsextremismusforscher Wilhelm Heitmeyer. Es sind „Anzeichen einer Durchrohung unserer Gesellschaft“.²³¹ Täglich werden mindestens neun Menschen Opfer rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt.²³² Die Zahl der politischen Straftaten liegt nach dem Rekordjahr 2023 erneut auf einem neuen Hoch. Zahlen, hinter denen sich menschliche Schicksale verbergen. Gesellschaftliche Diskurse lädt die **AfD** weiterhin bewusst emotional auf. Brandherde werden vor allem virtuell geschürt. Geheime rechtsextreme Zirkel, die in Potsdam Pläne einer gewaltsamen „Remigration“ diskutierten, rüttelten etwa 3,6 Millionen Menschen wach. Das Geheimtreffen konfrontierte die Mehrheitsgesellschaft mit den Plänen dieser Bewegung. Die anschließenden Demonstrationen mahnten auch „die Politik“ an, verstärkt zu handeln und sich von den Rechtsextremist*innen das Thema Asyl und Einwanderung nicht diktieren zu lassen. Vielen mag auch erst die Radikalität hinter diesem Vorhaben bewusst geworden sein. Neue Handlungsoptionen sind notwendig, bestehende Demokratieprojekte gilt es zu verstetigen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die **Amadeu Antonio Stiftung** haben sich bereits im letzten Jahr dazu entschieden, 2024 „mit einem beachtlichen Schwerpunkt Projekte im Osten des Landes finanziell zu unterstützen, die sich gegen den Rechtsruck organisieren“.²³³

Doch ein Grund, warum rechtsextreme Positionen so virulent werden, wird oft nicht thematisiert. Die Rechtsextremismus-Expertin des **Spiegel** Ann-Katrin Müller forderte am 13. Juni 2024 auf X: „Die soziale Frage muss wieder in den Mittelpunkt rücken.“ Sie schreibt: „Wenn wieder mehr Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht im Land zugeht, gibt es weniger Anknüpfungspunkte für menschenfeindliche und rassistische Parteien und ihre Parolen.“ Nach den „Remigrations“-Plänen in Potsdam wurde die Forderung nach einem Partei-Verbot virulenter: Genug ist genug, schien der Sound aus der Mitte der Gesellschaft zu sein. Der Anti-Fake-News-Blog **Volksverpetzer** forderte gemeinsam mit vielen anderen den Bundesrat auf, die Prüfung eines Verbotes der Partei beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Über 800.000 Menschen unterzeichneten das Anliegen.²³⁴ Die Kampagnenplattform **Campact** startete einen Appell, dass antidemokratische Stiftungen wie die **AfD**-nahe **Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)** keine Steuergelder erhalten sollten, rund 417.000 Menschen unterzeichneten diesen.²³⁵ Den „Nie wieder ist jetzt“-Ansagen stehen aber finanzielle Ambivalenzen entgegen. Im Bundeshaushalt 2025 drohen massive Kürzungen bei Initiativen und Vereinen, die unverzichtbar für ein soziales Miteinander sind. Wer hier spart, spart an der Demokratie. Betreuungs-, Bildungs-, und Beratungsinitiativen, Kultur- und Sozialschaffende werden in ihrer Existenz bedroht. Stehen vor dem Aus. Menschen, die Diskriminierung erfahren, bleiben auf sich selbst gestellt. Auch das Vorhaben, durch eine Novelle des Gemeinnützigkeitsrechts, beispielsweise das Engagement von Vereinen rechtssicher zu gestalten, bleibt die Regierung bislang schuldig.²³⁶ Durch rigide Sparprogramme werden Angebote der politischen Bildung, Freiwilligendienste oder Träger der Jugendhilfe geschwächt. Dadurch entstehen weiße Flecken, die von Rechtsextremist*innen missbraucht werden, indem sie sich als vermeintlich fürsorgliche Kraft, dem Volk verpflichtet, inszenieren können. Dieses Problem trifft die gesamte Gesellschaft.

Die **AfD**, die das „System“ so sehr ablehnt, kassiert dagegen Millionen vom Staat. Auch die Spendenbereitschaft von Unternehmer*innen und Privatpersonen für rechts-extreme Anliegen scheint ungebrochen. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis die rechtsextreme Partei in einem Bundesland die Mehrheit erringt und als Regierungspartei damit beginnt, demokratische Grundfesten niederzureißen. Auch die **NSDAP** kam nicht per Gewalt an die Macht, sondern durch Wahlen – und Koalitionen. In Thüringen wurde die **NSDAP** erstmalig am 23. Januar 1930 an einer Landesregierung beteiligt. Sie stellte mit Wilhelm Frick den Innen- und Volksbildungsminister. Ein Mann, der fünfzehn verheerende Jahre später vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher eingestuft und 1946 hingerichtet wurde. „Demokratien sterben nicht mehr durch einen Putsch, sie sterben durch eine schleichende Normalisierung von demokratiefernen, von antidemokratischen Positionen. Das ist, was die **AfD** beabsichtigt, eine Normalisierung ihrer Positionen, ein Einsickern in gesellschaftliche Diskurse, um irgendwann die Macht übernehmen zu können“²³⁷, warnt Matthias Quent vom *Jenaer Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. „Rechtsextremismus ist die größte Gefahr der Gesellschaft“, erklärte 2021 auch Innenministerin Nancy Faeser bei ihrem Antritt als Bundesinnenministerin. Im März 2022 kündigte sie einen umfassenden Aktionsplan gegen Rechtsextremismus an. Er scheint bisher nicht ganz ausgearbeitet. Doch die Zeit läuft.

Beratungsteams, Betroffenenberatungen oder Distanzierungsangebote haben bislang keinerlei finanzielle Sicherheiten für das nächste Jahr. Der Haushalt des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde in den vergangenen zehn Jahren bis 2022 dagegen verdoppelt.²³⁸ Nach dem islamistischen Mord an dem Polizisten Rouven L. im Juni 2024 in Mannheim fordert **FDP**-Finanzminister Christian Lindner künftig weitere Mittel für die innere Sicherheit. Der Geheimdienst, dem Expert*innen eine Mitverantwortung an den Verbrechen des **NSU** vorwerfen, kann aber nicht das ausschließliche Instrumentarium sein, um Ideologien der Ungleichheit in der gesellschaftlichen Mitte aufzuzeigen und ihnen wirksam entgegenzutreten. Doch genau diese Diskursverschiebungen zu rassistischen, antisemitischen oder auch queerfeindlichen Ressentiments bestärken gewalttätige Angriffe. Diesen bedrohlichen Entwicklungen kann nur dann zivilgesellschaftlich effektiv entgegengewirkt werden, wenn Projekte und Regelstrukturen finanziell auf festem Boden stehen.

Die Medien in ihrer Vielfalt sind angehalten, weiterhin die Hintergründe des politischen Auftretens der **AfD** zu analysieren und transparent werden zu lassen. Diese Herausforderung bedingt, dass geplante Kürzungen von Sendezeiten, insbesondere bei politische Fernsehmagazinen, nicht vorgenommen werden sollten. Die effektive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bedarf einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Medienlandschaft. Kritik ist wichtig, doch öffentlich-rechtliche Medien sollten vor dem Zugriff der **AfD** geschützt werden. „Eine AfD, die hart inhaltlich konfrontiert wird, die verliert auch Prozente, die ist dann nicht so unangefochten, wie man sie letztlich hat unangefochten sein lassen, weil man sie nicht attackiert hat“²³⁹, sagt Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke. Der Kurs der Konfrontation meint nicht die Kontroverse in Talkshows, sondern eine Begrenzung der Unerträglichkeit. Engagierte Menschen, Medien, Politiker*innen sollten der **AfD**, die auf die Verrohung des Diskurses abzielt, kein Podium bieten. Die Abgrenzung – einen Cordon sanitaire – gilt es wieder einzuhalten. Ein Sperrgürtel kann auch die Ausgrenzung bedingen, zum Erhalt der Demokratie. Das ist keine Intoleranz. In „Der Zauberberg“ mahnt Thomas Mann an, „dass Toleranz zum Verbrechen wird, wenn sie dem Bösen gilt“.²⁴⁰

Diese Grenzziehung gegen das von Mann literarisierte „Böse“ streben schon nicht minder unabhängige Initiativen wie etwa die *OMAS GEGEN RECHTS*, aber auch antifaschistische Projekte an. Die älteren Damen (und mittlerweile auch Herren) bringen Demokratie- und Menschenfeinden inzwischen bundesweit energischen Widerspruch entgegen. Der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* mit seine Einzelgewerkschaften tritt mit betrieblichen Kampagnen der *AfD* und dem gesamten Rechtsextremismus entgegen. Der *Paritätische Gesamtverband* hat unter dem Titel: „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren“ klar Stellung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und die *AfD* bezogen.²⁴¹ Auch der *Arbeiter-Samariter-Bund* begründet seine Ablehnung von Geschäftsbeziehungen mit der *AfD* in einer Erklärung.²⁴² Der Bundesvorstand des *WEISSEN RING* beschloss keine Spenden der Partei mehr anzunehmen und „dass künftig niemand ehren- und hauptamtliche Funktionen im *WEISSEN RING* ausüben kann, der gleichzeitig öffentlich für Parteien oder Organisationen aktiv ist, die Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vertreten“.²⁴³ Die Bischofskonferenz der *Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)* hat zum Abschluss ihrer Klausurtagung in Dresden am 19. Mai 2024 eine klare Warnung vor der *AfD* ausgesprochen: „Es alarmiert uns, dass 75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes in Deutschland erneut antidemokratische Kräfte an die Macht streben.“²⁴⁴ Schon im April beschloss die Synode der *Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg-schlesische Oberlausitz*, dass angesichts der „erkennbaren weiteren Radikalisierung der *AfD*“ eine „Mitgliedschaft oder tätige Unterstützung dieser Partei“ unvereinbar mit dem christlichen Bekenntnis sei. Dies bedeute eine Unvereinbarkeit mit Ämtern und Aufgaben wie dem Ältestenamts sowie den Ämtern im Verkündigungsdienst in der Landeskirche.²⁴⁵ Im Februar 2024 erklärte die *Deutsche Bischofskonferenz*, dass „[v]ölkischer Nationalismus und Christentum“ unvereinbar seien. Niedersächsische Landkreise und die Region Hannover positionieren sich klar „für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, für Pluralismus, für Toleranz und für eine lebendige Zivilgesellschaft“, wie der *Landkreistag* im Januar 2024 verkündete. Unternehmer*innen wie der „Schraubenkönig“ Reinhold Würth oder jüngst Reiner Schümer, Geschäftsführer der in Bremen ansässigen *Hübotter-Gruppe*, richten sich in eindringlichen Appellen zur Wahl demokratischer Parteien an die Menschen.²⁴⁶

Das *Netzwerk Feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte* fordert eine Vernetzung und Positionierung gegen die *AfD*: „Wir wollen und können nicht dabei zusehen, wie wichtige, jahrzehntelange Errungenschaften für Gleichberechtigung und Emanzipation, für queere Selbstbestimmung und demokratische Mitwirkung durch rechte Parteien (...) rückgängig gemacht werden. Wir wollen nicht dabei zusehen, wie Gender-Lehrstühle an Hochschulen gestrichen, sexualisierte Gewalt bagatellisiert oder menschenfeindliche Positionen in den Medien zur Tagesordnung werden. Der *AfD* gehören keine Rosen auf den Weg gestreut, sondern alle Formen der Zusammenarbeit verweigert.“²⁴⁷ Einige Fußballvereine wie *Eintracht Frankfurt* zeigen „Klare Kante gegen Rassismus und Ausgrenzung“²⁴⁸. Die *AfD* bedroht ein faires Miteinander. Es liegt an jedem Einzelnen, dem nicht tatenlos zuzusehen und zu glauben, das Problem werde sich schon von alleine erledigen. Differenzen, Kritik zu- und untereinander gehören zu einer lebendigen Demokratie. Den Intoleranten aber sollten solche Konflikte nicht zuspiesen. Den Ruf nach einem härteren Vorgehen und gefährlicher Autorität bedient die *AfD*, Nachahmung ist ein Irrweg. Der Staat, die Politik, die Medien und die Zivilgesellschaft können bei antidemokratischen Bestrebungen verwoben mit einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erfolg-

reich dagegen halten. Dafür bedarf es nachhaltiger und vielfältiger Konzepte eines gemeinsamen Vorgehens. Damit sollte lieber heute als morgen begonnen werden.

Juli 2024

QUELLENANGABEN

1. Dass dies stets nur eine Inszenierung war und Antisemitismus seit jeher zum programmatischen Kern der Parteien gehörte, kann an dieser Stelle nicht dargestellt werden. Hier sei auf die Studie von Prof. Dr. Lars Rensmann verwiesen, die wir im Dezember des Jahres 2021 herausgegeben haben. **Prof. Dr. Lars Rensmann:** Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD, Berlin, 2021.
2. <https://www.tagesschau.de/inland/afd-bundesparteitag-114.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
3. <https://www.tagesschau.de/inland/afd-bundesparteitag-114.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
4. <https://www.sueddeutsche.de/politik/soziologe-zur-afd-erwachen-aus-wutgetraenkter-apathe-1.3687762>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
5. <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/europawahl-ergebnis-deutschland-100.html>. Zuletzt geprüft am 05.04.2024.
6. <https://taz.de/Nach-den-Kommunalwahlen-in-Thueringen!/6011474&s=entd%C3%A4monisierend/>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
7. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/hr-europawahl-2024-warum-junge-menschen-die-afd-gewaehlt-und-die-gruenen-abgestraft-haben-100.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
8. <https://www.der-rechte-rand.de/archive/10543/die-eroberung-der-flaeche/>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
9. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/rostock/Teterow-AfD-Politiker-zum-Buergervorsteher-gewaehlt,mvregionrostock410.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
10. <https://www.ostsee-zeitung.de/lokales/vorpommern-greifswald/greifswald/hochschild-fraktion-will-mit-afd-zusammenarbeiten-ostseegymnasium-mit-den-meisten-bewerbungen-je-E2612477ERDF71MVGKKFSPGZUM.html>. Zuletzt geprüft am 09.07.2024.
11. <https://www.rnd.de/politik/analyse-zur-europawahl-2024-themen-waehlerwanderung-und-waehlergruppen-in-grafiken-JHWZCFCKJ5CXPLJ6PCQMVRJ4I.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
12. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1063172/umfrage/frauenanteil-im-bundestag-nach-fraktionen-in-deutschland/>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
13. **Wahl 2024 Europawahl;** Deutschland, Forschungsgruppe Wahlen, ZDF, 10.06.2024, 11:55 Uhr.

14. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100437552/afd-parteitag-stephan-brandner-fordert-haftbefehle-gegen-politische-gegner.html.
Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
15. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-parteitag-essen-bissattacke-spuckattacke-stefan-hrady-100.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
16. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/landtagswahl-in-sachsen-afd-setzt-im-wahlkampf-auf-maximilian-krah-19857503.html>. Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
17. Fotos und Belege siehe hier: <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2024/06/07/liebesgruesse-aus-sonneberg-der-afd-landrat-und-die-neonazi-aktivistin/>.
Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
18. **Krolzig, Sasha (2020)**: N.S. Heute – Weltanschauung. Bewegung. Leben. Ausgabe 23.
19. **Quent, Matthias; Virchow, Fabian (2024)**: Rechtsextrem, das neue Normal? Piper; S. 10.
20. **Ebd.** S. 33ff.
21. <https://www.berliner-zeitung.de/news/kesselschlacht-aussage-afd-politiker-sorgt-fuer-empoeerung-li.157375>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
22. Gegen die mutmaßliche Terrorgruppe „Vereinte Patrioten“ läuft seit Mai 2023 ein Prozess vor dem OLG Koblenz. Hier wurden Bezüge zum Chat „**Veteranen-Pool**“ dargelegt.
23. Das geht aus der Anklage gegen die „**Gruppe Reuß**“ vor dem OLG Frankfurt/Main hervor.
24. <https://www.tagesschau.de/inland/rechsextremismus-sicherheitsbehoerden-100.html>.
Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
25. <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1246670.html>.
Zuletzt geprüft am 05.07.2024.
26. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-tiktok-erfolg-strategie-jugendliche-100.html>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.
27. **Martin Sellner (2023)**: Regime Change von rechts. Schnellroda. Verlag Antaios. S. 90.
28. Alle Zitate: **Deutscher Bundestag**: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses. 31.01.2024. <https://www.bundestag.de/mediathek/plenarsitzungen?videoid=7606443#url=L2lZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA2NDQz&mod=mediathek>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.
29. **Victor Klemperer (1975)**: LTI. Lingua Tertii Imperii Sprache des ‚Dritten Reichs‘. Reclam. S. 21.
30. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>. Zuletzt geprüft am 02.03.2024.
31. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/01/nach-geheimtreffen-potsdam-afd-chefin-weidel-trennt-sich-von-hartwig.html>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.

32. Alle Zitate: **Deutscher Bundestag**: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses. 31.01.2024. <https://www.bundestag.de/mediathek/plenarsitzungen?videoid=7606443#url=L2lZGhhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA2NDQz&mod=mediathek>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.
33. <https://afdbundestag.de/islamistisches-bedrohungspotential-sichtbar-machen-den-expertenkreis-politischer-islamismus-beim-bundesministerium-des-innern-und-fuer-heimat-umgehend-wieder-einsetzen/> und <https://afdbundestag.de/islamistisches-bedrohungspotential-sichtbar-machen-den-expertenkreis-politischer-islamismus-beim-bundesministerium-des-innern-und-fuer-heimat-umgehend-wieder-einsetzen-2/>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
34. **Pührung, Stephan; Beyer, Karl M.; Kronberger, Dominik (2021)**: Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis – Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt am Main. S. 2.
35. **Dörre, Klaus**: 'Stolz, Arbeiter:in zu sein!': Vom Aufbegehren der Vergessen. In: Quent, Matthias; Virchow, Fabian (Hg.) (2024): Rechtsextrem, das neue Normal. Piper Verlag. München. S. 62f.
36. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/106/2010612.pdf>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
37. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d3987aak.pdf>, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d4115aak.pdf> und <https://afd-fraktion-hamburg.de/kategorie/parlament/schriftliche-kleine-anfragen/04.07.2024>.
38. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html>. Zuletzt geprüft am 07.06.2024.
39. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/afd-im-bundestag-mehr-als-100-rechtsextreme-mitarbeiter,U6iXl6t>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.
40. <https://www.kreiszeitung.de/lokales/rotenburg/rotenburg-ort120515/volksverhetzung-schuldig-rotenburger-afd-kreistagsmitglied-der-92316379.html>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024. <https://taz.de/Landgericht-verurteilt-AfD-Politikerin/!6006153/>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
41. <https://taz.de/Ausflug-zum-Nazi-Erbe/!5946458/>. Zuletzt geprüft am 02.04.2024.
42. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/17/geheimtreffen-in-potsdam-afd-mitarbeiter-bruestet-sich-mit-gewalt/>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
43. <https://taz.de/Die-AfD-Fraktion-und-ihre-Mitarbeiter/!5550036/>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
44. <https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
45. **Compact (08/2023)**: „Natürlich kann ich Kanzler.“
46. **AfD**: Antrag Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen. 07.11.2023.

47. **AfD:** Antrag Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen, 07.11.2023.
48. Das selbsternannte Institut kündigte im Mai 2024 seine Selbstauflösung an. Der Grund dürfte die Einordnung des IfS durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ sein. Kubitschek kündigt auf sezession.net an, unter dem Label „Menschenpark“ weiterzumachen.
49. <https://sezession.de/69226/das-institut-fuer-staatspolitik-ist-geschichte-warum>. Zuletzt geprüft am 23.05.2024.
50. <https://sezession.de/54541/der-fall-wolfgang-gedeon-ein-austausch-zwischen-marc-jongen-und-goetz-kubitschek>. Zuletzt geprüft am 07.05.2024.
51. **Salzborn, Samuel (2017):** Angriff der Antidemokarten. Weinheim. Beltz Verlag. S. 110.
52. <https://sezession.de/54541/der-fall-wolfgang-gedeon-ein-austausch-zwischen-marc-jongen-und-goetz-kubitschek>. Zuletzt geprüft am 07.05.2024.
53. <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219>. Zuletzt geprüft am 08.05.2024.
54. <https://www.zeit.de/news/2017-01/18/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-18171207.11.05.2024>. Zuletzt geprüft am 08.05.2024.
55. <https://taz.de/Niedersaechsische-AfD-auf-Rechtskurs/!5711357/>. Zuletzt geprüft am 08.05.2024.
56. **AfD: Beatrix von Storch:** Die AfD-Fraktion und der Marsch für das Leben kämpfen für den Lebensschutz, Pressemitteilung, 17.09.2022. <https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-die-afd-fraktion-und-der-marsch-fuer-das-leben-kaempfen-fuer-den-lebensschutz/>. Zuletzt geprüft am 08.05.2024.
57. https://www.queer.de/detail.php?article_id=23190. Zuletzt geprüft am 08.05.2024.
58. https://x.com/Beatrix_vStorch/status/1776495437395968435 und https://x.com/Beatrix_vStorch/status/1784870623954550974. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
59. <https://www.youtube.com/@COMPACTTV>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
60. <https://taz.de/Reaktionen-auf-Compact-Verbot/!6024362/>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
61. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/compact-magazin-101.html>. Zuletzt geprüft am 11.05.2024.
62. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/07/brandenburg-afd-compact-verbot-finanzielle-einbussen.html>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
63. <https://www.watson.de/leben/spass/903326935-compact-verbot-alice-weidel-im-bikini-absurde-produkte-im-online-shop>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
64. <https://www.endstation-rechts.de/news/national-befreite-zone>. Zuletzt geprüft am 11.05.2024; Fotos von Magnet liegen vor.

65. <https://www.youtube.com/@AfDTV>. Zuletzt geprüft am 11.05.2024.
66. <https://www.nzz.ch/international/jedes-afd-mitglied-ist-ein-social-media-soldat-ld.1384297>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
67. Stand bei **TikTok** vom 02.07.2024.
68. https://www.tiktok.com/@maximilian_krah/video/7275621174724332832?lang=de-DE. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
69. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/tiktok-rechtsextreme-100.html>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
70. https://www.youtube.com/watch?v=kDv5ZL_nptQ. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
71. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/tiktok-rechtsextreme-100.html>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
72. **Ebner, Julia (2019)**: Radikalisierungsmaschinen. Berlin. Suhrkamp Verlag. S. 22.
73. <https://sezession.de/59608/meme-kognitive-biowaffen-im-informationskrieg>. Zuletzt geprüft am 11.05.2024.
74. **Hillje, Johannes (2024)**: Die AfD als digitale Propagandapartei. In: Quent, Matthias; Virchow, Fabian (Hg.): Rechtsextrem, das neue Normal? München. Piper Verlag. S. 178; 187.
75. <https://www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
76. **Martin Sellner (2023)**: Regime Change von rechts. Verlag Antaios. S. 100.
77. Im März 2022 erlaubte das Verwaltungsgericht Köln dem BfV den Flügel nur noch als Verdachtsfall einzustufen.
78. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-das-ist-der-fluegel-a-084fac0e-30cc-48e4-a859-034d78fb8ba3>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
79. **Zuerst! Deutsches Nachrichtenmagazin**: „Meine Waffe ist die Transparenz.“ Dezember 2023.
80. **Krah, Maximilian (2023)**: Politik von rechts. Schnellroda. Antaios Verlag. S. 110.
81. **Ebd.** S. 119.
82. **Ebd.** S. 127.
83. **Ebd.**
84. **Der Spiegel**: Alternative gegen Deutschland, 24.04.2024.
85. Siehe: **Breuer, Stephan (1993)**: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Oder: **Weiß, Volker (2017)**: Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart. Klett-Cotta.

86. **Kershaw, Ian (1998):** Hitler. 1889-1936. Band 1. Stuttgart. S. 650.
87. **Schmitt, Carl (1934):** Der Führer schafft das Recht. Deutschen Juristen-Zeitung. 39. Jahrgang.
88. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-parteitag-magdeburg-100.html>.
Zuletzt geprüft am 05.05.2024.
89. <https://www.deutschlandfunk.de/tino-chrupalla-afd-interview-china-taiwan-100.html>.
Zuletzt geprüft am 05.05.2024.
90. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-parteitag-magdeburg-100.html>.
Zuletzt geprüft am 07.05.2024.
91. **Krah, Maximilian (2023):** Politik von rechts. Schnellroda. Antaios Verlag. S. 100, 113, 115.
92. **Höcke, Björn (2022):** Rede am 3. Oktober 2022 in Gera. Transkript.
93. **Ebd.**
94. **Ebd.**
95. **Hillje, Johannes (2018):** Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten Politik machen. Bonn. Verlag J.H.W. Dietz. S. 36.
96. **Schmitt, Carl (1991/1932):** Der Begriff des Politischen. Berlin. S. 55f.
97. **AfD:** Europawahlprogramm 2024. Magdeburg, beschlossen am 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023. S. 8.
98. **Ebd.**
99. **Schmitt, Carl (1991/1932):** Der Begriff des Politischen. Berlin. S. 26f.
100. **Schmitt, Carl (1923):** Die geistige Lage des heutigen Parlamentarismus. S. 14.
101. **Di Cesare, Donnatella (2016):** Heidegger, die Juden, die Shoa. Heidegger Forum. Band 12. Frankfurt am Main. Vittorio Klostermann. S. 8.
102. <https://taz.de/Europa-Kandidat-der-Hamburger-AfD/!5951012/>.
Zuletzt geprüft am 06.05.2024.
103. <https://taz.de/Alte-Herren-im-Verteidigungsministerium/!5934723/>.
Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
104. <https://taz.de/Europa-Kandidat-der-Hamburger-AfD/!5951012/>.
Zuletzt geprüft am 06.05.2024.
105. **AfD Mecklenburg-Vorpommern (2024):** Leitlinien für eine alternative Kommunalpolitik. Neubrandenburg. S. 13, 14.
106. **Europawahlprogramm der AfD 2024.** Magdeburg, beschlossen am 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023. S. 17.

107. <https://taz.de/AfD-Verbindungen-zu-Russland-und-China/!6006090/>.
Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
108. **Ebd.**
109. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-de-bargeldnutzung-821766>.
Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
110. <https://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html>.
Zuletzt geprüft am 02.06.2024.
111. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/afd-die-republikaner-schoenhuber-1.6411793?reduced=true>. Zuletzt geprüft am 02.06.2024.
112. <https://moritz-kirchner.de/analyse-warum-die-afd-aktuell-so-erfolgreich-ist/>. Zuletzt geprüft am 02.06.2024.
113. **Pittelkow, Sebastian; Riedel, Katja (2022):** Rechts unten. Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber. Hamburg. Rohwolt. S. 11.
114. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-mitgliederzahl-100.html> und Aussagen beim Bundesparteitag der AfD in Essen im Juni 2024.
115. <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/korruption/gegen-diese-abgeordneten-laufen-ermittlungs-oder-gerichtsverfahren>. Zuletzt geprüft am 15.04.2024.
116. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180198.afd-gluecksritter-kay-uwe-ziegler.html>.
Zuletzt geprüft am 15.04.2024.
117. <https://www.volksstimme.de/lokal/schoenebeck/haftbefehl-gegen-schonebecker-afd-stadtrat-erlassen-3842501>. Zuletzt geprüft am 14.05.2024.
118. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Erneute-Betrugs-Verdacht-gegen-AfD-Politiker-Jozef-Rakicky,rakicky118.html.
Zuletzt geprüft am 14.05.2024.
119. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/alice-weidel-afd-kreisverband-bezahlte-umstrittenen-berater-a-2932a759-0002-0001-0000-000178784908>.
Zuletzt geprüft am 14.05.2024.
120. https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/weiterdenken_afd_auflage3.2_digital.pdf.
Zuletzt geprüft am 18.04.2024.
121. **Deutscher Gewerkschaftsbund (2018):** AfD – Keine Alternative für Beschäftigte. S.13.
122. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-parteingelder-zur-haelfte-staatlich-finanziert-100.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
123. **Deutscher Bundestag:** Rechenschaftsbericht der Bundesparteien veröffentlicht. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-991570>.
Zuletzt geprüft am 01.07.2024.

124. <https://www.vorwaerts.de/soziale-politik/neoliberale-mogelpackung-warum-sich-die-waehlerinnen-der-afd-selbst-schaden>. Zuletzt geprüft am 01.05.2024.
125. https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html. Zuletzt geprüft am 01.05.2024.
126. **Ebd.**
127. <https://www.fr.de/wirtschaft/parteienfinanzierung-spenden-afd-groesste-geldgeber-rechte-partei-euro-zr-92902007.html>. Zuletzt geprüft am 30.04.2024.
128. <https://www.rnd.de/politik/hartmut-issmer-wer-ist-der-dubiose-afd-grossspender-E3J4XP4CJZEEFNXJRD65VDJZ6Q.html>. Zuletzt geprüft am 20.05.2024.
129. <https://www.belltower.news/erbstreit-der-toilettenmillionaer-der-goldschatz-und-die-afd-151507/>. Zuletzt geprüft am 20.05.2024.
130. <https://www.tagesschau.de/inland/afd-spende-gerichtsurteil-101.html>. Zuletzt geprüft am 21.05.2024.
131. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/alice-weidel-afd-wohnort-steuern-schweiz>. Zuletzt geprüft am 21.05.2024.
132. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/alice-weidel-afd-wohnort-steuern-schweiz>. Zuletzt geprüft am 21.05.2024.
133. <https://www.nzz.ch/meinung/theo-mueller-die-afd-und-die-deutsche-wirtschaft-es-gibt-keinen-bekennniszwang-ld.1768837>. Zuletzt geprüft am 20.05.2024.
134. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/mueller-milch-milliardaer-afd-weidel-treffen-100.html>. Zuletzt geprüft am 22.05.2024.
135. <https://www.fr.de/wirtschaft/muellermilch-bleibt-rechts-92707167.html>. Zuletzt geprüft am 22.04.2024.
136. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/august-von-finck-junior-milliardaer-und-parteienspender-ist-tot-a-76a75abc-8464-4a81-b4df-2fce43deb752>. Zuletzt geprüft am 22.04.2024.
137. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/markus-krall-goldhaendler-degussa-trennt-sich-von-umstrittenem-geschaefsfuehrer-a-ce410590-74b4-464d-b786-dde4500f4fce>. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.
138. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/stendal/stendal/alexander-von-bismarck-doebbelin-rechtes-geheim-treffen-afd-potsdam-106.html>. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.
139. Die CDU schloss Max Otte daraufhin aus der Partei aus.
140. https://praxistipps.focus.de/wer-finanziert-die-alternative-fuer-deutschland-afd-erklaert_173325 und <https://www.fr.de/politik/afd-max-otte-bundespraesident-wahl-tino-chrupalla-bundesversammlung-politik-news-91279376.html>. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.

141. <https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/report-mainz-braune-burschenschaften-das-rechtsextreme-netzwerk-der-afd/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzlwNDk4OTQ>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
142. **Martin Sellner (2023):** Regime Change von rechts. Verlag Antaios. S. 214.
143. **Ebd.**
144. <https://web.archive.org/web/20110820015847/http://www.oe24.at/oesterreich/Nazi-Fotos-belasten-Strache/72507> 15.07.2024.
145. Ein Alter Herr ist ein Mitglied einer Studentenverbindung nach Beendigung seiner Studien- und Aktivenzeit oder mit dem Eintritt ins Berufsleben.
146. <https://www.deutschlandfunk.de/apfelfront-gegen-rechts-100.html> und <https://katapult-mv.de/artikel/greifswalder-neonazi-als-serioeser-anwalt>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
147. <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> und <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/hamburger-verfassungsschutzbericht-2012-mit-burschenschaften-a-904769.html>. Zuletzt geprüft am 10.06.2024.
148. www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100324776/peter-kurth-und-die-rechtsextremen-burschenschaft-und-immobiliendeals.html. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
149. <https://www.rnd.de/politik/berlins-ex-cdu-finanzsenator-peter-kurth-ist-fuehrender-kopf-von-ultrarechter-burschenschaft-gothia-HEPNBIPFO5HBZDB2OGXQY66FKQ.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
150. <https://www.sueddeutsche.de/thema/Ibiza-Aff%C3%A4re>. Zuletzt geprüft am 10.06.2024.
151. <https://www.puls24.at/news/chronik/demonstrationen-gegen-burschenschafter-beim-akademikerball-2024-in-wien/321143>. Zuletzt geprüft am 10.06.2024.
152. Nicht gemeint sind Bünde und Verbindungen, die sich gegen rechts positionieren. Liberale Burschenschaften distanzieren sich von der „Deutschen Burschenschaft“, dem Dachverband: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/deutsche-burschenschaft-dachverband-NPD-rechtsextremismus>. Zuletzt geprüft am 30.04.2024.
153. Betroffene, die mit völkischen Familien in Schulen oder Kindergarten konfrontiert sind, berichten von der Nutzung dieses verächtlich machenden Begriffs.
154. <https://taz.de/Rechte-Runden-bei-Moerigs-in-Duesseldorf!/5995926/>. Zuletzt geprüft am 01.04.2024.
155. **Röpke, Andrea; Speit, Andreas (2019):** Völkische Landnahme. S. 44ff.
156. Mörigs Töchter besuchten noch kurz vor dem Verbot Lager der 2009 als verfassungsfeindlich eingestuftes Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ).

157. Vereinsregister BHJ, VR 41, Uwe Jäschke, Student in Hattersheim, Zum 1. Bundesführer wurde Uwe Jäschke gewählt, 10.12.1980.
158. <https://www.fr.de/rhein-main/raum-fuer-radikale-ansichten-92910777.html>.
Zuletzt geprüft am 10.04.2024.
159. <https://www.fr.de/frankfurt/afd-frankfurt-tafelrunde-antifa-kritik-treffen-rechte-92803446.html>. Zuletzt geprüft am 10.04.2024.
160. <https://www.dw.com/de/folgenreiches-verbrehen-urteil-im-chemnitz-prozess/a-50120006>.
Zuletzt geprüft am 10.04.2024.
161. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus181346758/Gauland-ueber-Chemnitz-Es-ist-normal-dass-Menschen-dann-ausrasten.html>. Zuletzt geprüft am 30.04.2024.
162. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-compact-freie-sachsen-100.html>.
Zuletzt geprüft am 22.04.2024.
163. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176088649/AfD-und-Justiz-Fast-jeder-zehnte-AfD-Abgeordnete-hat-Aerger-mit-dem-Gesetz.html>.
Zuletzt geprüft am 22.04.2024.
164. **Heitmeyer, Wilhelm (2020):** Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin. Suhrkamp Verlag.
165. <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/zehn-10-jahre-nsu-komplex-terror-rechtsextreme-morde-rechtsextremismus-ein-problematisches-konzept-hufeisen-li.191220>.
Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
166. <https://www.facebook.com/watch/?v=2183389118558116>. Zuletzt geprüft am 30.04.2024.
167. **Kraske, Michael (2021):** Tatworte. Berlin. Ullstein Verlag.
168. **Ebd.** S. 140.
169. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/aydan-oezoguz-alexander-gauland-deutsche-kultur-5vor8>. Zuletzt geprüft am 30.04.2024.
170. <https://www.belltower.news/antidemokratie-was-ist-eigentlich-demokratiefeindlich-an-der-afd-92579/>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
171. <https://x.com/ZWIWatch/status/1785584571385287007>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
172. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/demo-landtag-organisatoren-afd-100.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
173. <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/gera-afd-thueringen-100.html>.
Zuletzt geprüft am 20.06.2024.
174. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/aufbruch-klar-afd-demonstration-100.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
175. <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-22-02-2024/ist-gera-eine-gefallene-stadt.html>. Zuletzt geprüft am 20.06.2024.

176. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/253039/vereint-gegen-liberale-werte-wie-russland-den-rechten-rand-in-europa-inspiriert-und-foerdert/>. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.
177. <https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-essen-alice-weidel-tino-chrupalla-100.html>. Zuletzt geprüft am 30.06.2024.
178. **Ebd.**
179. **Roeser, Rainer; Häusler, Alexander (2022):** Die Positionen der AfD zum Putin-Regime und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Düsseldorf. S. 8.
180. <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/126511945>. Zuletzt geprüft am 15.06.2024.
181. <https://www.faz.net/aktuell/politik/nach-annexion-der-krim-afd-sprecher-gauland-aeussert-verstaendnis-fuer-russland-12859603.html> und <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/alexander-gauland-afd-brandenburg-landtagswahl/seite-2>. Zuletzt geprüft am 15.06.2024.
182. <https://www.tagesspiegel.de/politik/ich-habe-versucht-den-aussenpolitischen-kurs-der-afd-zu-verstehen--es-war-verstorend-6881434.html>. Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
183. <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/126511945>. Zuletzt geprüft am 15.06.2024.
184. **Ebd.**
185. <https://taz.de/Landtagsabgeordneter-in-Sachsen-Anhalt/!6008359/>. Zuletzt geprüft am 03.05.2024.
186. <https://www.mz.de/mitteldeutschland/landespolitik/afd-politiker-tillschneider-lobt-in-russischer-zeitung-das-zerstueckeln-der-ukraine-3837073>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
187. https://www.achgut.com/artikel/juden_in_der_afd_haben_gewissensbisse. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
188. https://www.welt.de/politik/deutschland/plus218492862/Russland-Krim-Kaukasus-Mehr-als-100-AfD-Reisen.html?notify=success_subscription. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.
189. **Ebd.**
190. **Ebd.**
191. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-russland-118.html>. Zuletzt geprüft am 15.05.2024.
192. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/afd-parteitag-essen-auslandsreisen-abgeordnete>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
193. <https://www.faz.net/aktuell/politik/front-national-erhaelt-40-millionen-kredit-aus-moskau-13289425.html>. Zuletzt geprüft am 20.05.2024.

194. <https://www.spiegel.de/ausland/oesterreich-wladimir-putin-schenkte-frueherer-aussenministerin-karin-kneissl-teuren-schmuck-zur-hochzeit-a-86f20650-1913-4a4f-a988-9fc90146fb70>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
195. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ukraine-kiew-krankenhaus-russland-100.html#:~:text=Russland%20hatte%20die%20Ukraine%20am,Menschen%2C%20etwa%2050%20wurden%20verletzt>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
196. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-spionageaffaere-russland-und-china-im-fokus-neue-enthuellungen-belasten-die-partei-a-46042b96-2d61-4bb4-ac25-ead57d7d6285>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
197. **Ebd.**
198. https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/L/lucassen_ruediger-857652. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
199. **Compact Spezial (2024)**, Sonderausgabe Nr. 41.
200. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-hoecke-verbreitet-seine-version-des-ukrainekriegs-18705422.html>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
201. **Dugin, Alexander (2013)**: Die vierte Politische Theorie. London.
202. **Pittelkow, Sebastian; Riedel, Katja (2022)**: Rechts Unten – Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber. Hamburg. Rohwohlt Verlag. S. 312.
203. <https://www.spiegel.de/spiegel/afd-nachwuchs-markus-frohnmaier-a-1115685.html>. Zuletzt geprüft am 10.06.2024.
204. <https://www.spiegel.de/spiegel/afd-nachwuchs-markus-frohnmaier-a-1115685.html>. Zuletzt geprüft am 10.06.2024.
205. „Zuerst!“ erscheint seit 2009 in der Verlagsgruppe „Lesen und Schenken“ des völkisch-nationalistischen Verlegers **Dietmar Munier**.
206. <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4514/afd-der-westen-feind/> und <https://www.endstation-rechts.de/news/rechter-publizist-manuel-ochsenreiter-gestorben>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
207. <https://www.rbb-online.de/kontraste/pressemeldungen-texte/brandanschlag--vorwuerfe-gegen-ex-afd-bundestagsmitarbeiter-erhae.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
208. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ochsenreiter-afd-russland-101.html>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
209. <https://www.uni-due.de/2018-03-05-migrantenwahlstudie>. Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
210. <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/russlanddeutsche-102.html>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
211. <https://www.endstation-rechts.de/news/rechte-russlanddeutsche-pro-afd>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.

212. https://www.focus.de/politik/deutschland/afd-haelt-namen-ihrer-mitarbeiter-geheim-strippenzieher-mit-verbinding-zur-extremen-rechten-das-sind-die-radikalen-afd-hintermaenner_id_8647802.html. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
213. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus174711692/AfD-Mitarbeiter-im-Bundestag-Radikale-Einfluesterer.html>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
214. <https://antifainfoblatt.de/aib104/landser-heisst-jetzt-weltkrieg>. Zuletzt geprüft am 15.07.2024. Fotomaterial liegt vor.
215. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100440768/ex-afd-politiker-jetzt-offiziell-fuer-russland-aktiv.html. Zuletzt geprüft am 12.07.2024.
216. **Ebd.**
217. <https://www.youtube.com/watch?v=9q7a4LwH9H8>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
218. Zitiert nach: **Bracher, Karl Dietrich (1955):** Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart/Düsseldorf. S. 374.
219. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-102.html>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
220. <https://verfassungsblog.de/warum-die-machtubernahme-durch-die-afd-schon-fruher-beginnen-konnte-als-viele-glauben/>. Zuletzt geprüft am 04.07.2024.
221. <https://verfassungsblog.de/warum-die-machtubernahme-durch-die-afd-schon-fruher-beginnen-konnte-als-viele-glauben/>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
222. <https://www.n-tv.de/politik/Wie-die-AfD-die-Demokratie-aushebeln-koennte-article24663650.html>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
223. <https://www.n-tv.de/politik/Wie-die-AfD-die-Demokratie-aushebeln-koennte-article24663650.html>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
224. <https://www.n-tv.de/politik/Wie-die-AfD-die-Demokratie-aushebeln-koennte-article24663650.html>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
225. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-abgeordneter-merz-aeussert-sich-abfaellig-ueber-frauenquote-15923280.html>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
226. <https://daserste.ndr.de/panorama/AfD-Politiker-Hoেকে-unterstuetzt-Haverbeck,videoimport17482.html>. Zuletzt geprüft am 29.05.2024.
227. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100038068/steffen-kotre-afd-setzte-sich-fuer-holocaustleugner-mahler-ein.html. Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
228. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/hoেকে-fuenf-punkte-plan-afd-102.html>. Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
229. <https://verfassungsblog.de/warum-die-machtubernahme-durch-die-afd-schon-fruher-beginnen-konnte-als-viele-glauben/>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.

230. <https://verfassungsblog.de/thuringen-projekt/>. Zuletzt geprüft am 02.06.2024.
231. Er ist Senior-Professor am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, dessen Direktor er von 1996 bis 2013 war.
<https://www.ardaudiothek.de/episode/aktuell/konfliktforscher-wir-leben-in-einer-durchrohung-der-gesellschaft/ndr-info/13381093/>. Zuletzt geprüft am 07.05.2024.
232. <https://weact.campact.de/petitions/demokratieforderung-in-gefahr-kurzungen-jetzt-stoppen-geradejetztfueralle>. Zuletzt geprüft am 02.07.2024.
233. <https://www.belltower.news/kommentar-kampf-gegen-rechts-heisst-kampf-gegen-antisemitismus-und-rassismus-155117/>. Zuletzt geprüft am 30.05.2024.
234. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-verbot-unterschriften-100.html>.
Zuletzt geprüft 01.07.2024.
235. <https://blog.campact.de/2024/02/erfolge-aus-20-jahren-campact/>
Zuletzt geprüft am 15.07.2024.
236. <https://www.faz.net/einspruch/reform-des-gemeinnuetzigkeitsrechts-wann-kommt-der-fortschritt-fuer-die-zivilgesellschaft-19690908.html> und
<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/>. Zuletzt geprüft am 02.05.2024.
237. <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-selbstverharmlosung-100.html>.
Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
238. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/verfassungsschutz-budget-101.html>.
Zuletzt geprüft am 30.06.2024.
239. <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Von-Lucke-Die-AfD-wird-geschlagen-werden-article24968954.html>. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
240. **Mann, Thomas (1995):** Der Zauberberg, S. 704.
241. www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/positionierung/.
Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
242. www.asb.de/news/asb-erste-hilfe-kurs-fuer-afd. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
243. www.weisser-ring.de/media-news/meldungen/15-09-2018-0. Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
244. <https://www.ekd.de/die-afd-tritt-das-christliche-menschenbild-mit-fuessen-83384.htm>.
Zuletzt geprüft am 01.07.2024.
245. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-evangelische-kirche-amt-unvereinbarkeit-synode-beschluss-100.html>. Zuletzt geprüft am 14.07.2024.
246. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/wuerth-afd-100.html> und
<https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-mitte/bremer-fuerchtet-um-die-demokratie-und-ruft-ueber-banner-zur-eu-%20wahl-auf-doc7vpktajb9liimkqjzlf>.
Zuletzt geprüft am 14.07.2024.
247. <https://fempinetzwerk.wordpress.com/>. Zuletzt geprüft am 14.07.2024.

248. https://klub.eintracht.de/news/klare-kante-gegen-rassismus-und-ausgrenzung-149344?utm_source=google_organic. Zuletzt geprüft am 14.07.2024.

V. i. S. d. P.

AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations
Dr. Remko Leemhuis

Das AJC setzt sich dafür ein, die Sicherheit und das Wohlergehen der jüdischen Gemeinschaft weltweit und des Staates Israel zu stärken und auszubauen, Demokratie und Menschenrechte global zu fördern sowie die deutsch-israelischen und transatlantischen Beziehungen zu verbessern.



ajcgermany.org



[ajcberlin](https://www.facebook.com/ajcberlin)



[ajcberlin](https://twitter.com/ajcberlin)